

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich



EINE PERSPEKTIVE FÜR BESSERE BILDUNG

6 **Abschied und Aufbruch im dbb**
Trauer um Ulrich Silberbach. Neubeginn
mit Volker Geyer

8 **Lernen und Prüfen im Fokus**
Balance zwischen Zielsetzung,
Praxis und Veränderung

12 **Gemeinsam Schule gestalten**
VDR im Austausch mit Bundesschüler-
konferenz und Bundeselternrat

INHALT



6 Der dbb Bundeshauptvorstand tagt und wählt in Berlin



10 Demokratiebildung war das Thema des Westermann Bildungssummits



12 Gemeinsam mit der Bundesschülerkonferenz und dem BundesElternRat: Bundesvorstand des VDR tagt in Dortmund

EDITORIAL	4
EINBLICKE UND AUSBLICKE	5
VOLKER GEYER IST NEUER BUNDESVORSITZENDER	6
DIE DBB-FAMILIE TRAUERT UM ULRICH SILBERBACH	7
TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN	
Fachtagung zur Weiterentwicklung der Lern- und Prüfungskultur in Berlin	8
Westermann Summit 2025: Demokratie braucht Bildung – und Bildung braucht Zeit, Ressourcen und Beteiligung	10
VDR-Bundesvorstandssitzung: Gemeinsam Schule gestalten!	12
VDR-SENIORINNEN UND SENIOREN	
Seminar: Im Mittelpunkt Gesundheit und Resilienz	14
VDR Seniorenvertreterinnen und -vertreter berichten in Fulda	16
DIDACTA KEHRT ZURÜCK NACH HANNOVER	18
EINE PERSPEKTIVE FÜR BESSERE BILDUNG	20
DEUTSCHES SCHULBAROMETER: SORGE UM SOZIALE KOMPETENZ DER GENERATION CHATGPT	26
3 FRAGEN AN ...	
Matthias Ullwig	28
AKTIONSRAT BILDUNG PRÄSENTIERT GUTACHTEN „BILDUNGSLEISTUNG DURCH VERBINDLICHKEIT“ AUF VBW-KONGRESS	29
UNTERRICHTSSTÖRUNGEN IN TABLETKLASSEN: VORBEUGEN, ERKENNEN UND SOUVERÄN MEISTERN	32
AUS DEN LÄNDERN	
<i>Bayern:</i> brlv zum Übertrittszeugnis: Jeder Bildungsweg ist der richtige, wenn er zum Kind passt	34
Wie umgehen mit Mitgliedern extremistischer oder extremistisch orientierter Organisationen im Schuldienst?	34
Zickzackkurs bei der digitalen Bildung: Die große Planungs-Unsicherheit!	34

INHALT

Baden-Württemberg: Nicht ohne unsere Realschulen! – Volksantrag? Lläuft!.....	35
Nordrhein-Westfalen: Sei ein Mensch!	36
„Hier wird ein Pfad bereitet“.....	37
Nachruf: VDR trauert um Ehrenmitglied Jürgen Seidel.....	38
Saarland: Amoklauf in Graz: VRB Saarland fordert entschlossenes Handeln gegen zunehmende Gewalt an Schulen.....	39
LESERBRIEF	
Corona – die Verantwortung der Lehrkräfte.....	40
TIPPS, TERMINE VERANSTALTUNGEN	42
IMPRESSUM	43



29 Aktionsrat Bildung veröffentlicht neues Gutachten in München. Der VDR ist auf dem Podium vertreten

Anzeige

ÖFFENTLICHER DIENST

**IHR SORGT FÜR
BILDUNG**

**WIR BILDEN EURE
ABSICHERUNG**

Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

DebeKa
Versichern und Bausparen



Waltraud Eder,
Chefredakteurin „Bildung Real“

Positive Leadership – Schule gestalten durch Vertrauen und Beziehung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dieser Ausgabe müssen wir leider mit der traurigen Nachricht beginnen, dass der bisherige dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach nach schwerer Krankheit verstorben ist. Wir wollen ihm mit einem Beitrag ein ehrendes Andenken bewahren. Möge er in Frieden ruhen.

Es ist an dieser Stelle nicht einfach, einen Übergang zu anderen Themen zu finden. Dennoch möchte ich auf etwas eingehen, das mich seit meiner Amtsübernahme als Schulleiterin beschäftigt: Führungsstil.

Es gibt zweifelsohne viele Möglichkeiten, eine Schule zu leiten. Das Besondere an Schulen ist sicherlich die heterogene Zusammensetzung an Personen, mit denen man es zu tun hat: Schüler, Lehrkräfte, die erweiterte Führungsebene, Verwaltungspersonal, Eltern und Hauspersonal. Ganz zu schweigen von den vielen Akteuren, mit denen man Kooperationen und sonstige Zusammenarbeit pflegt.

Ein Führungsstil ist vielleicht gar kein Führungsstil, sondern eher eine Art, mit Menschen umzugehen und auf sie zu wirken, unabhängig davon, ob man Vorgesetzter ist, Kollege oder Lehrkraft.

Führung (nicht nur) an Schulen ist weit mehr als Organisation und Verwaltung. Sie ist Beziehungsarbeit – zwischen Schulleitung, Lehrkräften, Schulverwaltung und nicht zuletzt unseren Schülerinnen und Schülern. In einer Zeit, in der sich Schule ständig wandelt, um auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren, wird eines besonders deutlich: Gute Führung beginnt mit einem positiven Menschenbild.

„Positive Leadership“ ist ein Ansatz, der genau hier ansetzt. Er geht davon aus, dass Menschen aufblühen können, wenn sie gesehen, gefördert und wertgeschätzt werden. Das gilt nicht nur für die Lernenden, sondern auch für uns Lehrkräfte – und für diejenigen, die Schulen leiten. Eine Schulleitung, die den Stärken ihrer Kolleginnen und Kollegen vertraut, ihnen zutraut, Verantwortung zu übernehmen, und ihnen auf Augenhöhe begegnet, schafft ein Klima des Miteinanders. Wo Lehrkräfte sich gehört und unterstützt fühlen, entsteht Motivation. Und wo Motivation ist, wächst Engagement – auch unter herausfordernden Bedingungen.

Dieses Prinzip wirkt in alle Richtungen. Auch unsere Schülerinnen und Schüler spüren, ob ihnen Vertrauen entgegengebracht wird. Der sogenannte Rosenthal-Effekt – benannt nach dem Psychologen Robert Rosenthal – zeigt eindrucksvoll, wie sehr positive Erwartungen das Verhalten beeinflussen: Wenn wir unseren Schülerinnen und Schülern etwas zutrauen, sind sie tatsächlich eher bereit, über sich hinauszuwachsen. Unsere Haltung entscheidet mit darüber, wie sich Kinder und Jugendliche entwickeln.

Positive Leadership bedeutet also nicht, Konflikte zu meiden oder alles „nett“ zu regeln. Es bedeutet, klare Werte vorzuleben, auf Stärken zu setzen, konstruktiv zu kommunizieren und Schule als Gemeinschaft zu gestalten. Es ist ein Führungsstil, der Beziehung vor Bürokratie stellt – und dadurch nachhaltige Wirkung entfaltet. Wenn wir als Erwachsene in der Schule mit positiver Haltung vorangehen, können wir gemeinsam eine Lern- und Arbeitsumgebung schaffen, in der sich alle entfalten dürfen.

Da passt es auch gut in dieses Konzept, dass Buchautorin und Bildungsinfluencerin Caroline von St. Ange dazu aufruft, zu Hause positiver und spielerischer auf die Kinder einzuwirken und sie zur Mitarbeit und auch zum Lernen zu animieren. Auch wenn ich persönlich nicht der Meinung bin, dass eine Belohnung bedeutet, dass man diese nur bekommt, weil man es Schlimmes durchgehalten hat. Wie dem auch sei.

Besonders erwähnenswert finde ich, dass Bildungsministerin Karin Prien die deutsche Wiedervereinigung und damit die Werte- und Demokratieverziehung an Schulen noch mehr in den Fokus rückt. Dies ist sicher ein guter Schritt. Zeitzeugen gibt es hier genug, die man einladen kann, damit sie den Jugendlichen aus erster Hand erzählen, wie die Zeit während und nach der Teilung Deutschlands war.

Und Niedersachsen passt die Regelungen für Hitzefrei an und lässt sie ab sofort gelten. Eine gute Entscheidung.

In diesem Sinne esse ich jetzt ein Eis – ob als Belohnung oder schlicht als Abkühlung.

Herzlichst
Ihre Waltraud Eder,
Chefredakteurin

EINBLICKE UND AUSBLICHE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Freude und Trauer liegen oft nah beieinander. Ende Juni hat der dbb beamtenbund und tarifunion mit Volker Geyer einen neuen Bundesvorsitzenden gewählt – nur wenige Stunden später erreichte uns die traurige Nachricht vom Tod seines Vorgängers Ulrich Silberbach. Nach schwerer Krankheit ist er verstorben.

Ulrich Silberbach war nicht nur eine starke Stimme für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern auch ein überzeugter Demokrat, der sich mit ganzer Kraft für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eingesetzt hat. Was bei vielen bloße Rhetorik ist, war bei ihm tief empfundene Haltung – ehrlich, glaubwürdig, echt. Der VDR wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Auch unser Verband selbst hat einen geschätzten Weggefährten verloren: Unser Ehrenmitglied Jürgen Seidel ist im gesegneten Alter von 96 Jahren verstorben. Er war über Jahrzehnte ein engagierter Pädagoge, langjähriger Schulleiter, Schatzmeister auf Landes- und Bundesebene und eine prägende Persönlichkeit im VDR. Mit großer Leidenschaft vertrat er die Interessen der Realschule und brachte sich bis ins hohe Alter aktiv ein. Wir werden auch ihm und seinen Verdiensten ein ehrendes Andenken bewahren.

Es fällt schwer, nach solchen Verlusten zur Tagesordnung überzugehen. Doch die Realität des öffentlichen Dienstes lässt wenig Raum für Innehalten. Die Themen drängen, die Herausforderungen bleiben – und mit Volker Geyer steht nun ein Mann an der Spitze des dbb, der sowohl menschlich als auch fachlich überzeugt. Er bringt Erfahrung, Klarheit und Entschlossenheit mit – und wird dabei seinen eigenen Stil entwickeln.

Der VDR wünscht ihm für seine neue Aufgabe viel Erfolg, ein glückliches Händchen bei allen Entscheidungen und stets gute Weggefährten, die ihn unterstützen. Schon im Herbst wird es ernst: Die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) stehen an. Der dbb bereitet sich mit vorgeschalteten Regio-



*Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender*

nalkonferenzen vor, um mit realistischen, aber auch kraftvollen Forderungen in die Gespräche zu gehen.

Ich freue mich besonders, dass wir als VDR mit Expertinnen und Experten aus unseren Landesverbänden – von Köln, Mainz, Leipzig über Hamburg nach Stuttgart bis Nürnberg – flächendeckend vertreten sein werden. Denn der Schulbereich braucht eine starke Stimme, gerade jetzt.

Nach der Sommerpause beginnt das neue Schuljahr – und mit ihm kehren zahlreiche, teils ungelöste Baustellen zurück auf die bildungspolitische Agenda. Der anhaltende Lehrkräftemangel ist dabei nur ein Aspekt: Immer mehr Kolleginnen und Kollegen berichten von Überlastung, zunehmender Bürokratie, wachsender Heterogenität in den Klassen und einer gesellschaftlichen Debatte, die den Schulen immer mehr Aufgaben zuschiebt, ohne entsprechende Ressourcen bereitzustellen.

Gleichzeitig stehen wir vor großen strategischen Fragen: Wie kann Unterricht in Zeiten von Künstlicher Intelligenz gestaltet werden? Welche Kompetenzen brauchen Schülerinnen und Schüler, um in einer digitalen Welt kritisch, selbstständig und verantwortungsvoll handeln zu können? Unsere Lern- und Prüfungskultur wird sich verändern müssen – aber wie genau? Und wer gestaltet diesen Wandel?

Hinzu kommen die Projekte aus dem Koalitionsvertrag, etwa die „datengestützte Schulentwicklung“ und die Einführung

einer datenschutzkonformen Schüler-ID. Hier sehen wir erheblichen Klärungsbedarf – etwa zur konkreten Ausgestaltung, zu den technischen Rahmenbedingungen und zur Frage, wie Datenschutz und pädagogischer Mehrwert in Einklang gebracht werden können.

Der VDR wird alle diese Fragen aktiv begleiten – auf politischer Ebene, in der Fachöffentlichkeit und im direkten Austausch mit der Praxis. Ein wichtiger Ort für diesen Austausch wird wieder die mobile.schule Tagung am 1./2. September 2025 in Hannover sein, auf der wir gemeinsam mit dem Verband Niedersächsischer Lehrkräfte präsent sein werden. Dort werden wir nicht nur technische Innovationen, sondern auch bildungspolitische Entwicklungen offen und kritisch diskutieren.

Und auch langfristig gibt es gute Nachrichten für den Bildungsdialog in der Region: Die didacta Bildungsmesse wird 2027 nach Hannover zurückkehren. Damit erhält die Bildungslandschaft im Norden und Osten Deutschlands eine starke Plattform zurück – ein gutes Signal für unsere dortigen Landesverbände und ein Schritt in Richtung besserer regionaler Vernetzung.

Doch bevor all das beginnt, wünsche ich Ihnen allen zunächst: schöne und erholsame Sommerferien. Nutzen Sie die Zeit, um vom Schulalltag abzuschalten, Kraft zu tanken und neue Perspektiven zu gewinnen. Denn die Herausforderungen des kommenden Schuljahres werden gewiss nicht kleiner – umso wichtiger ist es, mit einem vollen Akku in den Herbst zu starten.

Kollegiale Grüße

Ihr Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender VDR



Links: VDR-Vorsitzender Ralf Neugschwender und der Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbands und Mitglied im Bundesvorstand des VDR Ulrich Babl gratulieren dem neu gewählten dbb-Bundesvorsitzenden Volker Geyer zu seiner Wahl. Rechts: „Die wichtigste Infrastruktur in Deutschland ist der öffentliche Dienst!“, so Volker Geyer

dbb-Spitze neu gewählt

Volker Geyer ist neuer Bundesvorsitzender

Der dbb Bundeshauptvorstand hat Volker Geyer am 23. Juni 2025 in Berlin zum neuen Bundesvorsitzenden des gewerkschaftlichen Dachverbands gewählt.

138 der 139 der wahlberechtigten Delegierten (eine Enthaltung) stimmten für den bisherigen Stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik. Zu Geyers Nachfolger in dieser Position wählte der dbb Bundeshauptvorstand, Andreas Hemsing, bisher ebenfalls stellvertretender dbb-Chef und Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft. Auf den dadurch frei werdenden Stellvertreter-Posten in der dbb Bundesleitung wählte das Gremium Florian Köbler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft. Die nächsten ordentlichen Wahlen finden auf dem dbb Gewerkschaftstag im November 2027 statt.

Die Nachwahlen waren notwendig geworden, nachdem der bisherige dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach aus gesundheitlichen Gründen zum 23. Juni seinen Rücktritt von der dbb-Spitze erklärt hatte. Der Bundeshauptvorstand ist das höchste Entscheidungsgremium des dbb beamtenbund und tarifunion zwischen den Gewerkschaftstagen.

Vor dem Bundeshauptvorstand würdigte der neue dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer zunächst die hervorragenden Verdienste und die beeindruckende Persönlichkeit seines Vorgängers: „Ulrich Silberbach war in den letzten sieben Jahren nicht nur unser Chef und Leitwolf. Ulrich Silberbach hat den dbb – diese große und bunte Organisation – in schwierigen Zeiten zusammengehalten und sich enorme

Verdienste erworben, in der Beamten- und Tarifpolitik, in der Diskussion um eine Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes und in der Stärkung der Personal- und Betriebsratsarbeit. Es ging Uli immer um die Kolleginnen und Kollegen, um ihre Interessen, den Respekt vor ihrer täglichen Leistung und den fairen Umgang der öffentlichen Arbeitgeber mit ihren Beschäftigten.“

An die Bundesregierung richtet der neue dbb-Chef die Forderung, umgehend in die Sacharbeit einzusteigen und tauschte sich mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt über die drängendsten Probleme des öffentlichen Dienstes aus:

„Wir sind froh über das Sondervermögen für die Infrastruktur, denn ohne Investiti-

onen wird es nicht gehen. Damit das Geld nicht verpufft, ist bei der konkreten Umsetzung sauberes Regierungshandwerk erforderlich. Daran hat es zuletzt oft gefehlt“, machte Geyer bereits im Vorfeld des Gesprächs am 23. Juni 2025 deutlich, das direkt nach dem Besuch des Ministers beim dbb Bundeshauptvorstand stattfand. „Außerdem muss endlich allen klar sein: Die wichtigste Infrastruktur in Deutschland ist der öffentliche Dienst! Auch hier ist einiges liegengeblieben. Damit meine ich nicht nur Dauerbrenner wie fehlende Digitalisierung. In den kommenden Wochen wollen wir konkrete Ergebnisse: Erstens die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes. Zweitens die Überarbeitung ihrer Besoldung, damit die Alimentation endlich wieder verfassungskonform ist.“

Geyer bot darüber hinaus die Expertise des gewerkschaftlichen Dachverbands an, um beim Thema Bürokratieabbau endlich einen entscheidenden Schritt voranzukommen: „Pauschale Stelleneinsparungen lehnen wir weiterhin klar ab. Wir fordern aber seit Jahren eine ehrliche Aufgabenkritik. Politik muss sich endlich ehrlich ma-



Blick auf die Bundesleitung des dbb



Bundessenminister Alexander Dobrindt spricht vor dem Bundeshauptvorstand des dbb

chen und den Bürgerinnen und Bürgern sagen, welche Aufgaben der Staat noch übernehmen soll und kann – und welche eben nicht. Wir sind da ganz klar: Lieber ein gutes Gesetz, das dann auch wirklich umgesetzt wird, als zehn gut gemeinte Gesetze, deren Einhaltung ohnehin niemand kontrolliert. Wenn Recht und Gesetz nicht durchgesetzt werden, ist das Gift für eine demokratische Gesellschaft.“

Mit Blick auf den Tag des öffentlichen Dienstes, der jedes Jahr am 23. Juni statt-

findet, betonte Geyer: „Ich dank allen Kolleginnen und Kollegen für ihren unermüdlichen Einsatz. Leider erfahren viele Beschäftigten inzwischen verbalen und physische Gewalt, statt Respekt für ihre wichtige Arbeit. Auch das ist eine Folge des Vertrauensverlusts der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Diesen Trend umzukehren, ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.“

dbb-Pressemitteilung vom 23. Juni 2025

Die dbb-Familie trauert um Ulrich Silberbach – „Wir verlieren einen großen Kämpfer“

Nach schwerer Krankheit ist der ehemalige dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 25. Juni 2025 verstorben.

„Mit Uli verlieren wir einen großen Kämpfer. Ich habe wenige Menschen kennengelernt, die sich mit so viel Leidenschaft in Auseinandersetzungen geworfen haben. Nicht nur im Interesse der dbb-Familie. Nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Sondern darüber hinaus, für das große Ganze. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das Streben nach mehr Miteinander und einem fairen Ausgleich der Interessen – das waren für Uli nicht nur Floskeln in Sonntagsreden. Dafür hat er ehrlich und überzeugt gebrannt. Dieses Feuer, diese Leidenschaft wird uns allen fehlen. Die gesamte dbb-Familie trauert mit seinen Angehörigen.“ Das erklärte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 25. Juni 2025.

Ulrich Silberbach wurde am 27. August 1961 in Köln geboren. Er begann 1979 die Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten und arbeitete in diesem Beruf bis 1990 in Köln, zuletzt

im Ordnungsamt. Silberbach trat in seiner Jugend früh in die dbb-Mitgliedsgewerkschaft komba ein und übernahm dort unterschiedliche Aufgaben. Von 2001 bis 2014 war er darüber hinaus Vorstandsmitglied des DBB NRW. 2011 wurde er zum Bundesvorsitzenden der komba gewählt und legte dieses Amt erst satzungsgemäß nieder, nachdem er vom Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion 2017 zum Bundesvorsitzenden des gewerkschaftlichen Dachverbandes gewählt wurde. Eine Bestätigung erfolgte 2022. Das Amt hat Ulrich Silberbach mit aller Kraft ausgefüllt: kompetent, entschlossen und zugewandt. Durch seine schwere Erkrankung war er schließlich gezwungen, es mit Wirkung zum 23. Juni 2025 niederzulegen.

Der dbb wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



LERNEN UND PRÜFEN NEU DENKEN – ABER WIE?

**Fachtagung zur
Weiterentwicklung der
Lern- und Prüfungskultur
in Berlin**

„Lern- und Prüfungskultur in Schule weiterentwickeln – aber wie?“ So lautete der Titel einer hochkarätig besetzten Fachtagung, die am 16. Juni 2025 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin stattfand. Eingeladen hatten das DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, die Bertelsmann Stiftung sowie das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz. Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) war durch seinen Bundesvorsitzenden vor Ort vertreten.

Im Zentrum der Veranstaltung stand die Frage, wie schulisches Lernen und die damit verbundene Prüfungskultur zeitgemäß weiterentwickelt werden können – praxisnah, wissenschaftlich fundiert und ausgerichtet auf die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern. Dabei ging es nicht um Systemwechsel oder theoretische Modelle, sondern um konkrete Impulse zur Verbesserung der Bildungsqualität im Alltag der Schulen.

Ein besonderer Akzent wurde bereits im Grußwort des neuen rheinland-pfälzischen Bildungsministers Andreas Teuber gesetzt. In einem sehr persönlichen Beitrag betonte er, dass viele Wege zum Ziel führen – entscheidend sei jedoch, ein Ziel klar im Blick zu behalten.

Im weiteren Verlauf stellten Prof. Dr. Kai Maaz und Dr. Martina Diederich (beide DIPF) neun Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Lern- und Prüfungskultur vor. Eine wissenschaftliche Einordnung erfolgte unter anderem durch Prof. Dr. Eckhard Klieme, der sich auf die Forschung von Helmut Fend bezog. Dabei betonte er ausdrücklich, dass die häufig zitierte Gegenüberstellung von Leistungsorientierung und Persönlichkeitsentwicklung ein konstruiertes Spannungsverhältnis sei – und dass beide Aspekte untrennbar zusammengehören.

*Andreas Teuber, Bildungsminister
von Rheinland-Pfalz*



Foto: Stefan Deutsch

Die neun Empfehlungen im Überblick:

1. **Grundbildung für alle ermöglichen**
2. **Bildungsminimum garantieren – Bildungsmaximum entfalten**
3. **Individuelle Lernwege und kooperative Problemlösung ausbalancieren**
4. **Multiprofessionelle Zusammenarbeit stärken**
5. **Frühkindliche Bildung ausbauen**
6. **Prüfungen als Teil des Lernprozesses verstehen**
7. **Kriteriale und individuelle Bezugsnormen ausbauen**
8. **Lernverläufe datenbasiert begleiten**
9. **Alternative Formen der Leistungsdokumentation entwickeln**

Diese Vorschläge wurden am Nachmittag in verschiedenen Workshops vertieft. Dabei wurde deutlich: Die Empfehlungen setzen auf Weiterentwicklung statt Umbruch. Sie rücken die pädagogische Qualität und den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler in den Fokus – nicht neue Strukturfragen. Entscheidend ist, dass die neun Empfehlungen in ihrer Verbindung wirken und nicht isoliert verstanden werden.

Als VDR begrüßen wir diesen Ansatz ausdrücklich. Unsere Schulen brauchen keine permanenten Reformen, sondern verlässliche Rahmenbedingungen, um gute pädagogische Arbeit leisten zu können. Dazu zählen ausreichendes Personal, Zeit für Teamarbeit und pädagogische Freiräume. Vor allem aber braucht es Mut zur Veränderung – getragen von Fachlichkeit, Erfahrung und Vertrauen in die Schulen.

Die Empfehlungen zeigen: Wir stehen nicht am Anfang, sondern mitten in einem Prozess, der an vielen Schulen längst begonnen hat. Wenn wir diesen Weg mit Realismus, Verantwortungsbewusstsein und Zielklarheit weitergehen, dann kann ein gemeinsames Ziel erreicht werden: Schule so zu gestalten, dass jedes Kind darin seinen Platz findet – leistungsstark, individuell und gerecht.

Die vollständigen Empfehlungen finden Sie als PDF-Download unter nebenstehendem QR-Code.

Ralf Neuschwender



Foto: Stefan Deutsch



Foto: Stefan Deutsch

Prof. Dr. Kai Maaz, Geschäftsführender Direktor des DIPF



Dr. Martina Diederich, DIPF



Foto: Stefan Deutsch

Prof. Dr. Eckhard Klieme



Podiumsdebatte: von links: Moderatorin Reina-María Nerlich diskutiert mit Schriftsteller, Moderator und Journalist Michel Abdollahi, Prof. Dr. Nina Kolleck, Bildungswissenschaftlerin an der Universität Potsdam, Maja Zaubitzer, stellvertretende Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz und Florian Nuxoll, Lehrer, Podcaster und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Uni Tübingen über echte Mitbestimmung schon im Klassenraum, über Unterstützung für die Lehrkräfte im Umgang mit Polarisierung und Extremismus und darüber, wie Demokratie erlebbar gemacht werden kann.

Demokratie braucht Bildung – und Bildung braucht Zeit, Ressourcen und Beteiligung

Rückblick auf den Westermann Summit 2025 im Futurium Berlin

Wenn vor dem Schultor rechtsextreme Flugblätter verteilt werden, wenn Fake News den Unterricht infiltrieren, wenn Jugendliche zwischen Kriegsorgen, Klimaangst und digitaler Reizüberflutung den Halt verlieren – dann zeigt sich, was Schule leisten muss: mehr als Wissensvermittlung. Sie muss Ort demokratischer Bildung und gesellschaftlicher Stabilität sein.



Vor diesem Hintergrund setzte der Westermann Summit 2025, der unter dem Motto „Bildung für morgen“ im Futurium Berlin stattfand, ein wichtiges Signal: Demokratiebildung gehört nicht an den Rand, sondern in den Mittelpunkt schulischer Arbeit. Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) war bei der Tagung vertreten – und unterstützt diesen Fokus ausdrücklich.

Unsere Schulen stehen unter hohem Druck. Die Herausforderungen reichen von gesellschaftlichen Polarisierungen

und wachsender Desinformation über KI-gestützte Manipulation bis hin zu den spürbaren psychischen Folgen der Pandemie. All das wirkt sich auf das Miteinander im Klassenzimmer aus – und auf das Vertrauen junger Menschen in demokratische Prozesse.

Demokratiebildung als Kernauftrag von Schule

Doch wie gelingt Demokratiebildung unter diesen Bedingungen?

Aus Sicht des VDR braucht es dafür vor allem drei Dinge:

- Mehr Zeit, um politische und gesellschaftliche Themen im Unterricht gründlich und altersgerecht zu behandeln, ohne sie nur „dazwischenzuschieben“.

- Mehr Ressourcen und qualifiziertes Personal, um Qualität und Nachhaltigkeit in der Vermittlung demokratischer Werte sicherzustellen.
- Mehr Beteiligung – von Schülerinnen und Schülern ebenso wie von Lehrkräften. Denn wer mitgestaltet, erlebt Selbstwirksamkeit. Und wer erfährt, dass die eigene Stimme zählt, versteht auch, was es heißt, Kompromisse einzugehen und Verantwortung zu übernehmen.

Medienbildung ist Demokratiebildung

Ein weiterer, oft unterschätzter Aspekt ist die Medienbildung. In einer digitalisierten Lebenswelt, in der Social Media und algorithmisch gesteuerte Inhalte den Alltag junger Menschen prägen, ist die Fähigkeit zur kritischen Mediennutzung zentral. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, zwischen seriöser Berichterstattung und Falschinformationen zu unterscheiden, mit KI-generierten Inhalten umzugehen und ihre eigene Mediennutzung zu reflektieren.

Ein gutes Beispiel ist die Initiative #UseTheNews, die Schulen mit didaktisch aufbereiteten Materialien zur Nachrichten- und Informationskompetenz unterstützt. Sie hilft, junge Menschen zu befähigen, Desinformation zu erkennen, Quellen zu hinterfragen und digitale Inhalte kritisch zu bewerten. Diese Fähigkeit ist heute eine der Grundvoraussetzungen für mündige Teilhabe an der Demokratie.

Fazit: Demokratie verteidigt sich nicht von selbst

Demokratiebildung ist kein „Projekt“, das sich nebenbei umsetzen lässt. Sie ist Grundauftrag aller Schulen und braucht entsprechende Bedingungen, um nachhaltig zu wirken. Wenn wir junge Menschen dazu befähigen wollen, informierte, kritische und engagierte Bürgerinnen und Bürger zu werden, müssen wir ihnen nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Räume eröffnen, in denen sie sich erproben, einbringen und Verantwortung übernehmen können.

Das geht nicht ohne verlässliche Strukturen, engagierte Lehrkräfte und eine Bildungspolitik, die Demokratiebildung ernst nimmt – nicht nur im Wort, sondern auch in der Ressourcenzuweisung.

Denn: Demokratie braucht Bildung – und Bildung braucht die nötigen Mittel, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Ralf Neugschwender



Der VDR-Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender im Austausch mit Westermann: Kolja Brandtstedt, Projektleiter Qualifizierung und Fortbildung und Christiane Meyerjürgens, Referentin für Qualifizierungskonzepte und Schulentwicklung



Schriftsteller, Moderator und Journalist Michel Abdollahi im Gespräch mit Moderatorin Reina-Maria Nerlich. Er berichtete von seinen Besuchen an Schulen, in denen sich Jugendliche abgehängt und unverstanden fühlen. Sich für sie zu interessieren und direkt vor Ort zu sein, das sei ein wichtiger Schritt, um etwas zu verändern.



Prof. Dr. Nina Kolleck, Bildungswissenschaftlerin an der Universität Potsdam, stellt die Reibungspunkte zwischen demokratischen Idealen und der Schullwirklichkeit dar



GEMEINSAM SCHULE GESTALTEN!

Der VDR-Bundesausschuss zusammen mit Fabian Schön von der Bundesschülerkonferenz (Mitte) und Aline Sommer-Noack vom Bundeselternrat (erste Reihe, vierte von links)

Verband Deutscher Realschullehrer, Bundesschülerkonferenz und Bundeselternrat tauschen sich zu aktuellen Herausforderungen an den Schulen aus

Im Rahmen seiner Bundesvorstandssitzung in Dortmund hat der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) den Dialog mit wichtigen Partnern aus der Bildungslandschaft gesucht: Zu Gast waren Fabian Schön, Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz (BSK), sowie Aline Sommer-Noack, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats. Gemeinsam diskutierte man zentrale bildungspolitische Fragen – insbesondere mit Blick auf den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD sowie die aktuellen Herausforderungen an den Schulen.

Digitalpakt 2.0 und Infrastruktur-Sondervermögen: Schulen nicht abhängen

Alle Beteiligten betonen die Dringlichkeit eines zügigen Starts des Digitalpakts 2.0. Die bisher bereitgestellten Mittel müssten aufgestockt werden, damit keine Kommune oder kein Landkreis aufgrund mangelnder Eigenmittel abgehängt werde. Gleichzeitig sieht man im Sondervermögen für

Infrastruktur eine große Chance für eine nachhaltige Sanierung der Schulgebäude. VDR-Vorsitzender Ralf Neuschwender unterstreicht: „Die Sanierung unserer Schulen ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wenn junge Menschen die Schulden von heute zurückzahlen müssen, sollen sie auch heute von den Investitionen profitieren.“

Smartphones an Schulen: Verantwortung statt Verbote

Ein weiteres Schwerpunktthema war der Umgang mit Smartphones an Schulen. In mehreren Bundesländern wird aktuell über pauschale Verbote diskutiert – eine Herangehensweise, die auf deutliche Kritik stieß. Fabian Schön, Generalsekretär der BSK, sagt: „Pauschale Verbote sind Symbolpolitik. Stattdessen brauchen wir echte Medienbildung, die Schülerinnen und Schüler befähigt, kompetent und verantwortungsvoll mit digitalen Geräten umzugehen.“

Auch Aline Sommer-Noack vom Bundeselternrat sieht ein Verbot kritisch: „Verbote lösen keine Probleme. Schulen brauchen tragfähige Konzepte und klare Regeln für den sinnvollen Einsatz von Smartphones.“

Außerdem beginnt digitale Erziehung zu Hause – Eltern müssen mehr Verantwortung übernehmen.“

Der VDR bekräftigt diese Haltung und betont zugleich die Bedeutung einer systematisch verankerten Medienbildung an Schulen. Diese dürfe jedoch nicht als zusätzliche Belastung „on top“ eingeführt werden, sondern müsse Teil eines durchdachten Gesamtkonzepts sein, das Lehrkräfte an anderer Stelle entlastet. VDR-Vorsitzender Ralf Neugschwender macht deutlich: „Ein pauschales Verbot wird zum Vollzugsproblem für Lehrkräfte. Stattdessen braucht es Konzepte vor Ort – gemeinsam mit Eltern und Schülern. Gleichzeitig müssen Lehrkräfte rechtssichere Handlungsmöglichkeiten erhalten, um auf ungesundes Medienverhalten oder eine missbräuchliche Nutzung bei jungen Menschen gezielt reagieren zu können. Dafür braucht es strukturelle Unterstützung, nicht nur gute Absichten.“

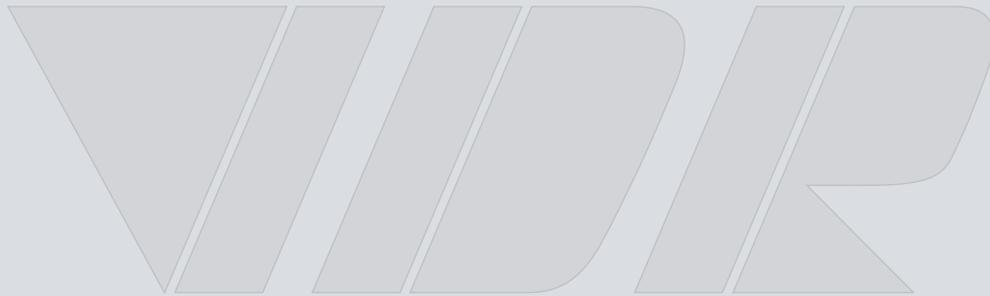
Mentale Gesundheit: Mehr Unterstützung notwendig

Ein zentrales Thema der Gespräche war die zunehmend belastende psychische Situation vieler Schülerinnen und Schüler – aber auch von Lehrkräften. VDR, BSK und Bundeselternrat machen deutlich: Mentale Gesundheit darf kein Randthema mehr sein. Die Folgen von Pandemie, Personal-mangel und wachsender gesellschaftlicher Unsicherheit spiegeln sich längst im Schulalltag wider – von Konzentrationsproblemen über Angststörungen bis hin zu ernsthaften Erschöpfungssymptomen. Schulen allein können diese Herausforderung nicht stemmen.

Gefordert wird daher ein umfassendes Maßnahmenpaket: mehr Unterstützung durch sozialpädagogisches und schulpsychologisches Fachpersonal sowie weitere Unterstützungskräfte, zeitgemäße Fortbildungen für Lehrkräfte zur Prävention psychischer Belastungen sowie der Abbau von Bürokratie. Auch finanzielle Mittel für geschützte Rückzugsräume und präventive Angebote wie Entlastungstage oder Projekte zur Resilienzförderung müssten bereitgestellt werden.

Ziel müsse sein, so alle Beteiligten, dass Schulen Orte des Lernens und des Wohlbefindens bleiben.

Gemeinsame Pressemitteilung des VDR, Bundesschülerkonferenz und BundesElternRat



Bundes Eltern Rat

Gemeinsam für beste Bildung

Der VDR im Austausch mit der Bundesschülerkonferenz und dem Bundeselternrat



VDR-Vorsitzender Ralf Neugschwender gemeinsam mit Fabian Schön, Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz und Aline Sommer-Noack, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats



Der VDR-Bundesvorstand konzentriert bei der Arbeit.

IM MITTELPUNKT GESUNDHEIT UND RESILIENZ



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor dem Schloss in Fulda - oben rechts: Blick in den „Großen Saal“ – unten rechts: Ralf Neugschwender informiert aus erster Hand



Im März 2025 wurde das Seminar erneut in Fulda/Hessen durchgeführt. An der gut organisierten dreitägigen Veranstaltung mit dem Thema "Mentale Gesundheit im Alter – Herausforderungen und Resilienz" nahmen die Seniorenvertreter und -vertreterinnen der VDR Landesverbände teil, um aktuelle Gesundheitsinformationen und Anregungen für die Seniorenarbeit zu erhalten. Von Interesse waren auch Berichte über aktuelle politische und bildungspolitische Entwicklungen. Die Leitung hatte Peter Froberg (Seniorenvertreter Bayern) übernommen.

Im Notfall auch an die eigene Sicherheit denken: Nützliche Erste-Hilfe-Tipps bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das DRK Fulda



Schlossführung „Alles in Butter“

Den kulturellen Auftakt bildete die Besichtigung des ehemaligen fürstlichen Schlosses, heute Sitz der Stadtverwaltung. Bei der informativen Führung erhielten die Teilnehmer einen interessanten Einblick in die Geschichte des Schlosses wie auch der Stadt Fulda. Die beeindruckend gestalteten Säle im Barockstil dienen heute für kulturelle Veranstaltungen. Auf den Spiegelsaal mit seinen zusammengesetzten Spiegelflächen soll die Redewendung „Alles in Butter“ zurückgehen, weil die wertvollen Einzelteile beim Transport zur Vermeidung von Glasbrüchen in Butter gepackt wurden. Bei einem Besuch in Fulda ist eine Schlossbesichtigung durchaus emp-

fehlenswert, so das Fazit der Seminarteilnehmer.

Zeit des Lehrermangels: Bundesvorsitzender Ralf Neugschwender zur aktuellen Berufs- und Bildungspolitik

Zunächst berichtete Neugschwender über die Tarifverhandlungen des TVöD für Bund und Kommunen. Für die anwesenden Seniorenvertretungen ist dabei immer auch die Frage einer Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtenpensionen von Bedeutung.

Wie geht es weiter im Bildungsbereich? An den aktuellen Entwicklungen zeigten die Seniorenvertreter viel Interesse. Zur Lehrerbildung angesichts des bundesweiten Lehrermangels benannte der Bundesvorsitzende einzelne Positionen und Forderungen der dbb-Lehrerverbände, wie Zweiphasigkeit der akademischen Ausbildung mit einem Vorbereitungsdienst von 24, mindestens 18 Monaten, kein duales Studium im Sinne einer Einphasigkeit, grundsätzliches



Zwei-Fach-Lehramtsstudium, Kohärenz zwischen den einzelnen Phasen der Lehrkräfteausbildung. Für fremdsprachige Lehrkräfte gilt C1-Sprachniveau oder höher als Anstellungsvoraussetzung.

Bildungsministerkonferenz und didacta

Bei dem Jahresgespräch zwischen Lehrerwerkschaften und Bildungsministerin verwiesen die dbb-Vertreter im Zusammenhang mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit erneut auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Personalausstattung der Schulen zur bestmöglichen Förderung und Überwindung herkunftsbedingter Unterschiede. Die didacta 2025, größte Fachmesse der Bildungswirtschaft in Europa, war für den Bundesverband VDR ein Erfolg. Vor der Presse hatte sich VDR Bundesvorsitzender Neugschwender deutlich für die Realschule und gut ausgebildete Realschulabsolventen ausgesprochen angesichts eines wachsenden Bedarfs in Handwerk, Industrie und Verwaltung. Für die Rückkehr zu verbindlichen Übertrittsempfehlungen für die Realschulen setzt sich derzeit der RLV-Baden-Württemberg besonders ein. Die Sicherung des Digitalpakts 2.0 für die Schulen ist für Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) Hauptanliegen mit der Forderung: Zügige Umsetzung der Finanzierung statt langwieriger Verhandlungen.

Was tun im Notfall? Erste Hilfe für Senioren

Der Referent des DRK Fulda, Michael van Gerven, leitete den informativen Auffrischkurs mit praktischen Übungen in unterhaltsamer, kurzweiliger Form. Vorhandene Kenntnisse konnten vertieft und aktualisiert werden. Gleich zu Beginn wurden die Teilnehmer mit einer „verletzten Person“ konfrontiert und erhielten wertvolle Tipps zur richtigen Erstversorgung, wie Lagerung, Wundversorgung, Notfallnummer. Wichtig sei dabei die Eigensicherung, u.a. durch Warnweste, Handschuhe, Warndreieck. Van Gerven erinnerte daran, den Verbandskasten im Auto immer auf dem neuesten Stand zu halten. Nach Hinweisen zu den Techniken der Reanimation wurden die besonders im Alter wichtigen Fälle einer lebensbedrohlichen Situation bei Herzinfarkt, Schlaganfall und Unterzuckerung behandelt. Die Teilnehmer waren beeindruckt: "Jeder von uns hat viel Wissen mitgenommen sowohl für private gesundheitliche Herausforderungen als auch für den Einsatz als Ersthelfer."

Verhaltensregeln für Ersthelfer (HELD)

- H** Hilfe rufen 112 (europaweit), mit Standortinformation im Handy
- E** Ermutigen, Trösten, positive Ansprache an die Verletzten
- L** Lebenswichtige Funktionen kontrollieren
- D** Decke unterlegen, Person zudecken



Vertreter des DRK Fulda van Gerven informiert und sensibilisiert für die Erfordernisse der ersten Hilfe

Herausforderungen und Resilienz im Alter

Als Dozentin führte die Resilienztrainerin Katharina Stock kenntnisreich und anschaulich durch das Thema. Der Begriff „Resilienz“ (psychische Widerstandskraft) kommt aus der Psychologie und gewinnt zunehmend Bedeutung zur Bewältigung von Schwierigkeiten und Krisen im Berufsalltag wie auch im Privatleben. Verlust eines geliebten Menschen, eine schwere Krankheit oder ein Unfall sind für das Leben im Alter besondere Herausforderungen.



Dozentin Katharina Stock erklärt, wie Resilienz antrainiert werden kann

Einführend gab die Referentin grundsätzliche Hinweise: Warum es Individuen gibt, die trotz widriger Umstände Resilienz entwickeln, hängt unter anderem davon ab, ob eine hohe soziale Kompetenz vorhanden ist, ob ein aktives Bewältigungsverhalten, eine enge emotionale Bindung an eine Bezugsperson und die Unterstützung durch ein soziales Netzwerk gegeben sind. Da unsere Gesundheit von physischem und psychischem Wohlbefinden abhängt, ist die Balance zwischen Belastung und Ressourcen wichtig. Gerät diese aus dem Gleichgewicht, ist die Gesundheit gefährdet.

Konzept: Sieben Säulen der Resilienz

Für die Herausbildung von Resilienz gelten sieben Basis-Aspekte:

1. **Achtsamkeit (Emotionssteuerung):** Selbstbeobachtung und Selbstwirksamkeit lernen
2. **Akzeptanz (Impulskontrolle):** Gelassenheit bei widrigen Umständen entwickeln, nicht eine Befürwortung negativer Dinge, aber Hinnahme von nicht zu ändernden Umständen
3. **Lösungsorientierung (Kausalanalyse):** statt der Fokussierung auf Probleme nach Lösungen suchen
4. **Soziales Netzwerk (Empathie):** soziale Bindung und Einbettung fördern statt Rückzug und Isolation
5. **Realistischer Optimismus:** positive Perspektive auf die Welt entwickeln
6. **Übernahme von Verantwortung:** Wer sich als Handelnder begreift, kann in schwierigen Situationen eigenständig reagieren
7. **Positive Zukunftsplanung:** Blick nach vorne richten, Pläne, Ziele, Visionen entwerfen

Um Resilienz zu fördern, gab Katharina Stock einige hilfreiche Anregungen, wie diese durch Synapsen-Training gestärkt werden kann, denn Resilienz ist keine angeborene Charaktereigenschaft, sondern kann erworben werden.

Negative Glaubenssätze aus der Kindheit, negative Gedanken (Beispiele: Das hat ja keinen Sinn, das schaffst du nie etc.) schränken das Potenzial ein und führen zu

Unzufriedenheit. Sie müssen hinterfragt werden. Helfen kann auch ein sog. Reframing (Perspektivwechsel) mit alternativen Gedanken, Führen eines Glückstagebuchs oder das Aufzählen positiver Ereignisse am Tagesende. Negativ besetzte Wörter durch positive ersetzen und sich mit verständnisvollen Personen umgeben sind weitere Möglichkeiten zur Stärkung der Resilienz.

Koalitionsvertrag: Perspektivische Seniorenpolitik

Im Anschluss wurde über Anträge der Seniorenvertretung zum Bundesrealschultag 2026 diskutiert und abgestimmt. Seminarleiter Peter Frohberg informierte über seniorenrelevante Punkte aus dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Die geplante Ausweitung der Mütterrente

wurde begrüßt, ebenso erwartet man von Reformen im Gesundheitswesen (Pflege) Verbesserungen. Die freiwillige Weiterarbeit über die gesetzliche Altersgrenze hinaus mit Steuererleichterungen soll auch auf den Beamtenbereich übertragen werden. Positiv gesehen wurden geplante Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut, zum Schutz vor Altersdiskriminierung und zum Aufbau von kommunalen Altershilfestrukturen.

Mit Berichten von Teilnehmern aus der Seniorenarbeit in ihren Landesverbänden und auf Bundesebene wurde das Seminar geschlossen. Die Seminarorganisation hatte die VDR Seniorenvertreterin Christa Nicklas übernommen. Der Dank geht an die dbbAkademie für die Unterstützung,

den VDR Bund und seinen Vorsitzenden sowie an die Referenten. Für die umsichtige und kompetente Seminarleitung von Peter Frohberg für die kurzfristig verhinderte VDR Seniorenvertreterin Christa Nicklas wird ein herzlicher Dank übermittelt wie auch an Monika Holder für Protokoll und Fotos. Der Seminarerfolg beruht nicht zuletzt auf dem besonderen Interesse und der aktiven Mitarbeit der Teilnehmer und Teilnehmerinnen in einer entspannten, geselligen Atmosphäre.

Für das Seminar 2026 wurden Vorschläge für Informationen zu KI, Fake News sowie Kriminalität gegenüber älteren Menschen eingebracht.

Monika Holder, Christa Nicklas

Aktiv für die Seniorenarbeit

VDR Seniorenvertreterinnen und -vertreter berichten in Fulda



Jahrestagung des dbb:

Weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung

Monika Holder, Seniorenvertreterin NRW, nahm an der dbb Jahrestagung teil und stellte die zentralen Aussagen vor. Viele prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften waren gekommen, u. a. die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser, der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio und der Ministerpräsident von NRW, Hendrik Wüst. Die Rednerinnen und Redner hoben die Bedeutung eines funktionierenden öffentlichen Dienstes hervor als Voraussetzung für das Funktionieren

des Staates, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Stärkung der Demokratie. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und die Gewinnung von ausreichend geschultem Personal wurde von allen Beteiligten als wichtige Aufgabe gesehen. Kommunal- und Landespolitiker beklagten, dass viele Vorschriften, Gesetze und Aufgaben, die vom Bund beschlossen werden, nicht die Bedürfnisse und Ressourcen vor Ort berücksichtigten. Die Forderungen nach Entbürokratisierung,

Digitalisierung, Verbesserung der Infrastruktur, besserem Datenaustausch, vereinfachten Genehmigungsverfahren etc. waren von allen zu hören und wurden auch von Senioren, die vielfach betroffen sind, unterstützt.

Angebote der Gemeinde Kronshagen in Schleswig-Holstein

Ellen Gruhn, VDR-Seniorenvertreterin im Interessenverband der Lehrer Schleswig-Holstein (IVL-SH) berichtete über das umfassende Angebot für Seniorinnen und Senioren in der Gemeinde Kronshagen.

hagen mit 12.000 Einwohnern. Der dortige Seniorenbeirat vertritt die Interessen aller Seniorinnen und Senioren, der „Feierabendkreis“ ist ein Angebot in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule. Alle Mitglieder sind ehrenamtlich tätig, unabhängig von Konfession oder Parteipolitik. Ausstellungen, Besichtigungen, Museumsbesuche, Fortbildungen, Fahrten, Wanderungen und vieles mehr sind im Angebot. Hier wird eine vorbildliche Seniorenarbeit geleistet, die für andere Kommunen oder Verbände als Anregung dienen kann.

Die Homepage des VDR-Verbands „lehrer nrw“

Manfred Berretz, zuständig für das Referat „Homepage“, informierte über Funktion und Gestaltung des Internetauftritts. Die zeitnahe Einstellung der Informationen mit Angabe des Einstelldatums auf der Startseite der Website lässt die Besucher ad hoc die jeweilige Aktualität der Meldung erkennen. So bietet der Internetauftritt übersichtlich einen Einblick in die Verbandsarbeit und eine Übersicht über die Referate für Aktive und Senioren.

Im Bereich „Senioren“ werden speziell Themen dieses Adressatenkreises publiziert. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich dort die Informationen über angebotene Fortbildungs-, Exkursions- und Reiseplanungen. Darüber hinaus informiert eine Rückschau über die erfolgten Aktivitäten für und mit den Senioren. Ebenfalls für die Senioren wird ein Flyer mit wichtigen Informationen für den Ruhestand allgemein und die Angebote nach der aktiven Zeit zum Download bereitgestellt.

Die Anzahl der Klicks auf die Homepage ist erfreulich groß, das Angebot wird insgesamt gut angenommen. Allen Besuchern der Homepage stehen ebenfalls übersichtlich Informationen über Presseberichte, Fortbildungsangebote, Informationen von außen und die aktuelle Schulrechtsausgabe „Schule NRW von A bis Z“ zur Einsichtnahme zur Verfügung. Die Leistungen, Ziele und Presseberichte des Verbandes sind für Besucher leicht auffindbar. Und im den Mitgliedern vorbehaltenen Bereich der Homepage sind verbandsinterne Informationen zu finden. Das Anmelden zu Fortbildungsveranstaltungen erfolgt ebenfalls problemlos online.

Vorsorge, Beihilfe, Gefahren bzw. Sicherheit im Alter

Inge Röckelein, VDR-Verband Reale Bildung Saarland, berichtete aus einem dbb-Seminar. Die Vorsorge im Alter um-



Ellen Gruhn berichtet über die Seniorenarbeit in Kronshagen



Manfred Berretz stellt die Homepage von lehrer nrw vor



Werner Lindner vom Verband Brandenburgischer Oberschullehrer (VBO) berichtet über die Situation in seinem Bundesland



Inge Röckelein berichtet vom Seniorensseminar dbb Saar im September 2024

fasst Testament, Vorsorge, die Betreuungsverfügung und Patientenverfügung. Ganz wichtig ist es, eine Vorsorgevollmacht mit Betreuung zu verfassen, da nächste Verwandte oder nahestehende Vertrauenspersonen (z.B. Lebensgefährten) nicht automatisch als Betreuer in Frage kommen. Empfehlenswert sind dazu Vordrucke des Bundesjustizministeriums für Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung.

Ein Testament muss handschriftlich und unterschrieben mit Datum verfasst werden oder bei einem Notar. Eine Hinterlegung z.B. beim Amtsgericht empfiehlt sich. Beim Vererben sollte man sich auch über die Erbschaftsteuer informieren. Steuerfrei ist derzeit für Ehegatten ein Betrag bis 500.000 Euro, für leibliche Kinder und Stiefkinder bis 400.000 Euro, für Enkel bis 200.000 Euro. Stief- oder Adoptivkinder sind nicht automatisch erbberechtigt, sondern müssen testamentarisch bedacht werden. Eine Schenkung ist alle zehn Jahre steuerfrei möglich. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte des gesetzlichen Erbteils, also ein Viertel des Nachlasses.

Die Seniorenvertreterin berichtete auch über Bestimmungen bei der Beihilfe und über neue Abrechnungsmodalitäten. Die Kostendämpfungspauschale gilt noch im Saarland. In einigen Bundesländern wurde sie abgeschafft, in Bayern nie eingeführt.

Zum Schluss erwähnte die Referentin Vergünstigungen und Ermäßigungen im Saarland für Personen mit einem Schwerbehindertenausweis ab einem GdB 50. Sie wies auch darauf hin, dass ADAC-Mitglieder mit Schwerbehindertenausweis bei vielen Einrichtungen, nicht nur im Saarland, Ermäßigungen ab einem GdB 50 erhalten.

Bundesseniorenversammlung in Berlin

Werner Lindner, Verband VBO und stellv. Seniorenbeauftragter im dbb Landesbund Brandenburg, berichtete von der Bundesseniorenversammlung in Berlin im März 2025. Der Rechtsschutz für Senioren gilt beim dbb nach Aussagen der dortigen Bundesleitung für Auseinandersetzungen bei Pensions- bzw. Rentenzahlungen, nicht aber bei der Pflege. Hier wird sich die Bundesseniorenvertretung weiterhin für eine Anerkennung einsetzen. Auch die Forderung nach einem Inflationsausgleich für Rentner soll beibehalten werden.

Monika Holder, Christa Nicklas



Von links: Dr. Hans-Joachim Prinz, Dinah Korb, Julia Willie Hamburg, Belit Onay, Dr. Jochen Köckler und Dr. Theodor Niehaus

Foto: Deutsche Messe AG

didacta kehrt zurück nach Hannover

Vom 23. bis 27. Februar 2027 kehrt die didacta, Europas größte Bildungsmesse, zurück nach Hannover. Dies gaben Dr. Theodor Niehaus, Präsident Didacta Verband, Dinah Korb, Geschäftsführerin Didacta Ausstellungs- und Verlagsgesellschaft mbH, Dr. Jochen Köckler, Vorstandsvorsitzender Deutsche Messe AG, Julia Willie Hamburg, Niedersächsische Kultusministerin, und Belit Onay, Oberbürgermeister von Hannover, bei der Vertragsunterzeichnung am 12. Mai 2025 bekannt. Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium und der Landeshauptstadt Hannover durchgeführt.

Nachdem die didacta Hannover letztmalig im Jahr 2018 auf dem Messegelände in Hannover stattfand, wird sie 2027 wieder in der niedersächsischen Hauptstadt veranstaltet. Die didacta ist Europas führende Fachmesse und Weiterbildungsveranstaltung und ist unterteilt in die Bildungsbereiche „Frühe Bildung“, „Schulische/Außerschulische Bildung“ und „Berufliche Bildung/Erwachsenenbildung“.

„Die erneute Präsenz in Hannover trägt dem Bedarf unserer Mitglieder, der ausstellenden Unternehmen und Besuchenden Rechnung“,

so Dr. Theodor Niehaus. „Mit dem weiteren Standort Hannover decken wir auch den Nordosten Deutschlands ab und bieten unsere Plattform, auf der sich Bildungsakteure austauschen und neue Lösungen präsentieren, in ganz Deutschland an. Wir freuen uns auf die zukünftig verstärkte enge Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und der Kommune.“

Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg sagt: „Gemeinsam erreicht man immer mehr. Das zeigt auch diese großartige Nachricht. Ich freue mich sehr über den Coup, der uns zusammen mit der didacta gelungen ist. Wir holen Europas wichtigste Bildungsmesse 2027 zurück nach Hannover. Ich freue mich sehr, dass unsere Bemühungen belohnt werden. Die Rückkehr der didacta nach Niedersachsen ist nicht nur ein starkes Signal für den Messestandort Hannover, sondern vor allem für das Bildungsland Niedersachsen. Die didacta wird aktiv Impulse geben, Entwicklun-

Dr. Hans Joachim Prinz neuer Präsident des Didacta Verbands



Auf der Mitgliederversammlung am 20. Mai 2025 in Nürnberg wurde das langjährige Vorstandsmitglied Dr. Hans Joachim Prinz zum Präsidenten des Didacta Verbands gewählt.

Dr. Hans Joachim Prinz ist Leiter Business Development beim Unternehmen LD Didactic GmbH und bereits seit über zwanzig Jahren ehrenamtlich engagiert im Didacta Verband, zuletzt als Vizepräsident Messe. Er übernimmt seine Aufgaben von Dr. Theodor Niehaus, der das Amt nach sechs Jahren abgibt und sich neuen Aufgaben widmet.

„Bildung, zugänglich für alle, ist wesentliche Grundlage und Schlüssel zu einer lebenswerten Zukunft in einer offenen, freien, emanzipierten und demokratischen Gesellschaft“, so Prinz. Sein Fokus liege darauf, für diese Werte des Verbands und für die Förderung der Interessen seiner ordentlichen Mitglieder einzustehen – und dies über alle Bildungsbereiche Kita, Schule, Berufliche Bildung und Weiterbildung hinweg.

Neu im Gremium ist außerdem Stephan Scharnagl, den die Mitglieder zum Vizepräsident Messe wählten. „Bildung ist das Gut, das uns durch die Höhen und Tiefen unserer Zeit führt“, sagt der Geschäftsführer der campusLan Software GmbH. Messen sind für ihn ein Begegnungsort und emotionaler Ankerpunkt. Er freue sich auf die Weiterentwicklung des erfolgreichen Formats der didacta – die Bildungsmesse.

Der Didacta Verband setzt auf intensiven Dialog mit Politik und Verwaltung sowie auf Vernetzung mit Wissenschaft, Institutionen und Zivilgesellschaft. „Nur gemeinsam schaffen wir es, Bildungsgerechtigkeit zu erreichen und damit unser Land zu stärken“, sagt Prinz. Der Didacta Verband biete hierfür das ideale Netzwerk. „Ich freue mich darauf, mit allen Akteuren Impulse für eine zeitgemäße und wirkungsvolle Bildung zu geben.“

didacta-Pressmitteilung vom 21. Mai 2025

gen vorantreiben und damit die Schullandschaft bereichern. Mit der didacta 2027 wird Hannover zum relevanten Ort der bundesweiten Vernetzung und des Austauschs der Bildungsakteure. Auch für viele Niedersachsen, ebenso für Lehrkräfte aus Nord- und Ostdeutschland ist das eine großartige Chance, ein Teil davon sein zu können. Die Bildung in Niedersachsen wird davon maßgeblich profitieren können.“

„Die didacta ist ein Aushängeschild für den Messestandort und ebenso für den Bildungsstandort Hannover. Die großen Herausforderungen im Bildungssystem brauchen neue Antworten und gemeinsame Kraftanstrengungen. Als Schaufenster für Innovationen und als Ort für Austausch liefert die didacta entscheidende Impulse, die in unsere Kitas, Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen wirken. Die Messe ist daher ein großer Gewinn für unsere Stadt“, sagt Belit Onay, Oberbürgermeister der Stadt Hannover.

„Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit dem Niedersächsischen Kultusministerium und der Landeshauptstadt Hannover den Didacta Verband davon überzeugen konnten, die didacta wieder auf dem Messegelände in Hannover durchzuführen. Für uns ist das ein Zeichen, dass unsere Bemühungen, die Deutsche Messe fit für die Zukunft zu machen und Gastveranstaltern neue Anreize zu bieten, Früchte tragen“, erklärt Dr. Jochen Köckler, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Messe AG.

Pressemitteilung der Deutschen Messe AG vom 13. Mai 2025



EINE PERSPEKTIVE FÜR BESSERE BILDUNG

Welche Ziele und Änderungen in der Bildungspolitik sind von der neuen Bildungsministerin Karin Prien zu erwarten? Ich werde dieser Fragestellung anhand der Publikation „Bessere Bildung 2035“ nachgehen. Die Ausführungen dienen mir als Richtwert, um die sächsische Weichenstellung durch das Maßnahmenpaket und den Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2025/2026 zu bewerten und eine Antwort auf die Frage zu finden, was bessere Bildung ist und welche Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems taugen.

Die neue Bildungsministerin Karin Prien

Karin Prien, die von 2017 bis 2025 das Amt der Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein innehatte, ist seit dem 6. Mai 2025 Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Kabinett von Merz. Darüber hinaus hatte sie 2022 den Vorsitz der Kultusministerkonferenz inne und bekleidet gegenwärtig das Amt einer stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU. Ihre Amtszeit wird nicht mit dem Besuch von 100 Schulen beginnen, um daraus kurzfristige Maßnahmen abzuleiten. Aufgrund ihres Hintergrunds in der Bildungspolitik verfügt sie über klare Ziele und eine ausgearbeitete Strategie, die ich anhand der Publikation „Bessere Bildung 2035“ erläutern werde. Im Rahmen eines Gesprächs mit den Bildungsministerinnen Dr. Stephanie Hubig (Rheinland-Pfalz) und Theresa

Schopper (Baden-Württemberg) sowie Dr. Markus Warnke (Geschäftsführer Wübben Stiftung Bildung) am 4. und 5. Oktober 2024 in Ingelheim wurden Ideen zur Publikation sowie die Fragestellung „Kann Bildung in Deutschland besser werden?“ entwickelt. Die Intention der Ministerinnen ist die Leistung eines Beitrags zu einer grundlegenden bundesweiten Diskussion zur Frage der Qualitätsentwicklung des Schulsystems.

Richtige Reformen und keine schlecht kommunizierten „Projektitis“ sind gefragt

Die Notwendigkeit der Veränderung ergibt sich aus der Diagnose von Prof. Dr. Britta Klopsch und Prof. Dr. Anne Sliwka, dass das Bildungssystem vor tiefgreifenden Veränderungen steht. Um dieser Herausforderung zu begegnen, ist eine Entwicklung des Systems von einer verwaltenden zu einer lernenden Struktur erforderlich. Ein solcher Wandel würde die Flexibilität, Gerechtigkeit und Zukunftsorientierung des Systems gewährleisten. Die Funktion von Bildung hat sich verändert. Der Fokus liegt nicht mehr auf dem Transfer von Wissen und der Qualifikation für ein Berufsfeld. Stattdessen sollen Lernende dazu ermächtigt werden, aktiv tätig zu sein, Probleme zu lösen und kreative Lösungen zu finden. Die notwendige Transformation des Systems erfordert eine nachhaltige und langfristige Zielsetzung unter einer systemischen Perspektive. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Prozesslogik von Zielen und Maßnahmen von allen Beteiligten nachvollzogen werden kann, um eine konstruktive Mitarbeit sicherzustellen. Diese Ausführungen stehen im Gegensatz zu den aktuellen sächsischen Veränderungen, die durch die 21 Maßnahmen angestoßen werden. Aus politischer Perspektive sind „Projektitis“, das heißt isolierte und zeitlich beschränkte Projekte und Einzelinitiativen, sowie Top-down-Prozesse sinnvoll. Dies liegt in der zeitlichen Begrenzung der Legislaturperioden und dem Bestreben der Bildungspolitiker begründet, Erfolge vorweisen zu können. Aus meiner Perspektive stellen diese keine nachhaltige Veränderung des Bildungssystems dar. Die Implementierung von Veränderungen mittels Top-down-Strategien mag zwar eine rasche Umsetzung mittels Verordnung ermöglichen, jedoch besteht das Risiko, dass politische Entscheidungen nicht mit den realen Bedürfnissen und Herausforderungen der Schule übereinstimmen. Des Weiteren wird das ausgewogene Verhältnis von Rechenschaft und Vertrauen beeinträchtigt. Für den systematischen Wandel sind Vertrauen und Kommunikation unabdingbar, da nur so eine ak-

tive Einbeziehung der Beteiligten in den Veränderungsprozess gewährleistet werden kann. Dies wiederum ermöglicht es den Beteiligten, den Prozess zu verstehen und proaktiv mitzugestalten. Prof. Dr. Britta Klopsch und Prof. Dr. Anne Sliwka weisen darauf hin, dass es unerlässlich ist, alle Beteiligten auf unterschiedlichen Ebenen zu berücksichtigen. Durch echte Kommunikation und Kooperation kann Vertrauen geschaffen werden, das sowohl die horizontale als auch die vertikale Ebene des Schulsystems verbindet. So kann sich eine kooperative Professionalität entwickeln.

Karin Prien gibt klare Ziele vor

„Es kommt vielmehr darauf an, mit den vorhandenen Ressourcen das Richtige zu tun“, formuliert Karin Prien. Mit dem Verweis auf John Hattie hebt sie die Bedeutung der Lehrkraft und ihrer Wirksamkeit hervor. Sie befürwortet strategische Prozesse, die über Wahlperioden hinaus Bestand haben und eine positive Schul- und Unterrichtsentwicklung ermöglichen. Ausgehend von der Überlegung, dass Deutschland das Land der Denkerinnen und Denker war und bleiben sollte, bedarf es des gesamtgesellschaftlichen Konsenses über Bildung als zentralem Schlüssel zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Aufstieg. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Leistung und Leistungsbereitschaft wieder positiv konnotiert werden. Es ist zu vermeiden, dass diese als Gegensatz zur Chancengerechtigkeit und zum Wohlbefinden ausbuchstabiert werden.

Auf der Systemebene Bund und Länder plädiert Karin Prien für eine kohärente nationale Bildungsagenda. Die einzelnen Länder sollen realistische Ziele verabreden, Indikatoren sollen festgelegt werden und dazu sollen passende Maßnahmen umgesetzt werden. Der gesamte Prozess soll einer wissenschaftlichen Begleitung unterliegen und auf Daten basieren. Die Ministerinnen Dr. Stefanie Hubig, Theresa Schopper und Karin Prien haben sich auf vier Kernziele geeinigt:

1. Bildung sollte bereits im Elementarbereich einsetzen sowie den Übergang von der Kita zur Grundschule fokussieren.
2. Die Kompetenz- und Leistungsentwicklung sollte verbindliches Ziel von Kita und Schule sein.
3. Die Bildungschancen sollen gleich verteilt werden.
4. Die Schule sollte Lern- und Lebensort sein, um die Persönlichkeitsentwicklung zu fördern.



Quelle: *Bessere Bildung 2035*, S.140ff.

Die bundespolitischen Bildungsziele lassen sich im Grunde mit den Zielen des Strategiepapiers „Bildungsland 2030“ auf der Landesebene vergleichen. Dies ist nicht überraschend, da sowohl Karin Prien als auch Christian Piwarz derselben Partei angehören. Im Unterschied zum Strategiepapier „Bildungsland 2030“ fokussiert die Publikation *Bildung im Bereich der Kita*. Auf der Systemebene Länder und Kommunen ist nach Prien folgendes von Relevanz: „Nur wenn beides zusammenkommt und alle Maßnahmen auf Landesebene und kommunaler Ebene an einer gemeinsamen Strategie ausgerichtet werden, lässt sich mit begrenzten Ressourcen langfristig der Bildungs-erfolg der Kinder sichern. Dazu gehö-

ren dann auch in der konkreten Umsetzung vor Ort regelmäßiges Monitoring, eine datenbasierte Evaluationskultur und ein Nachjustieren, soweit dies erforderlich ist.“

Bessere Bildung aus Sicht der Lehrerverbände

Im Rahmen der Bundesvorstandssitzung des VDR am 9. und 10. Mai 2025 habe ich mich mit den Vorsitzenden der Verbände der Allgemeinbildenden Schulen ausgetauscht, um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, was bessere Bildung ausmacht.

Sven Christoffer, *lehrer.nrw*, formulierte einen passenden Bildungsraum: „Es fließen ausreichende staatliche Mittel in die Bildung. Die Schulen

haben Freiräume und Zeit, um eigenverantwortlich Schwerpunkte zu setzen und sich zu entwickeln. Der Arbeitsplatz Schule ist wieder attraktiv. Denn eine ausreichende Anzahl an Lehrkräften hat nicht nur genug Zeit für die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen, sondern auch für Erziehungs- und Beziehungsarbeit. Schulen sind gewaltfreie Orte. Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sind keine Floskeln, sondern gelebte Realität. An Schulen in herausfordernden Lagen sind die Klassen besonders klein und der Personalschlüssel ist besonders gut. Innovation entsteht von unten.“

Jörg Leinberger vom VDL Hessen beleuchtet die Frage aus einer anderen Perspektive: „Bessere Bildung – Wie kann Bildung verbessert werden? In der heutigen Zeit fällt es zunehmend schwer, den Blick auf die Zukunft zu richten. Die Vielzahl an aktuellen Themen, die täglich auf Schulen und die Bildungsverwaltung einprasseln, übersteigt längst das, was an einem einzigen Tag bearbeitet werden kann. Gerade deshalb ist es heute umso wichtiger, den Überblick über das Bildungssystem zu behalten. Es braucht eine klare und eindeutige Vorstellung davon, welchen Auftrag Schule heute und in Zukunft erfüllen soll. Erst wenn dieses Ziel definiert ist, können alle Beteiligten – Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Politik und Gesellschaft – nachvollziehen, welche konkreten Aufgaben der Schule zukommen. Für alles, was darüber hinausgeht, müssen außerhalb der Institution Schule Lösungen gefunden werden – etwa durch außerschulische Bildungsangebote, soziale Einrichtungen oder digitale Lernplattformen. Entscheidend ist: Alle Beteiligten müssen wissen, was ihre Aufgabe ist – und was nicht.“

Ralf Neuschwender, der Vorsitzende des VDR, spricht sich für eine ganzheitliche Bildung aus, die zur personellen Selbstständigkeit befähigt und damit zur verantwortlichen Teilhabe in unserer Gesellschaft: „Für mich beginnt bessere Bildung dort, wo nicht nur Wissen vermittelt wird, sondern die Förderung eigenständigen Denkens im Mittelpunkt steht. Eine differenzierte Bildung erkennt die Verschiedenheit individueller Lernwege an, ohne auf Leistungsorientierung zu verzichten. Schülerinnen und Schüler sollen früh erfahren, dass sie selbstwirksam sind und Verantwortung für sich und andere übernehmen können. Bildung fördert die Fähigkeit zur Selbstreflexion und legt die Grundlage für eine verantwortungsvolle Teilhabe an der Gesellschaft. Die Schule soll fordern, ohne zu überfordern – sie entwickelt nicht nur

die kognitive, sondern auch emotionale und soziale Kompetenzen.“

Bildung hat in Sachsen weiter Priorität

Wenn Bildung in Sachsen weiter Priorität hätte, dann sollte dies vor allem in der Verbesserung und Förderung des Bildungssystems durch die Erhöhung des Bildungsbudgets, der Förderung von Infrastrukturprojekten und der Förderung der Lehrkräfteausbildung sichtbar werden. Für Lehrkräfte würde die tatsächliche Priorisierung der Bildung bedeuten, dass sich Arbeitsbedingungen verbessern, dass mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung geschaffen werden oder dass es mehr Anerkennung und Wertschätzung gibt. Die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten würden zur Steigerung der Unterrichtsqualität und zu besseren Lernergebnissen der Schülerinnen und Schüler führen.

Im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2025/2026 sind insgesamt 10,6 Milliarden Euro für das Kultusministerium eingeplant, was den größten Teil des Gesamthaushalts (25 Milliarden) ausmacht laut SMK-Blog (Haushalt: Bildung hat in Sachsen weiter Priorität 24.03.2025, 14:30 Uhr – Erstveröffentlichung (aktuell)). Rund 900 Millionen Euro sollen pro Jahr in die frühkindliche Bildung investiert werden, mit einer stärkeren Fokussierung auf den Übergang vom Kindergarten zur Schule. Für Qualitätsverbesserungen und Sprachförderung sollen 93,7 Millionen Euro pro Jahr aus Bundesmitteln finanziert werden. Weiterhin sollen die Ausgaben im Bereich Berufliche Orientierung erhöht werden. Insgesamt sind 48 Millionen Euro (2025) und 52 Millionen Euro (2026) für Maßnahmen zur Berufsorientierung eingeplant. Die Fortführung der Förderung für Praxisberater und Berufseinstiegsbegleitung ist vorgesehen. Die politische Bildung soll gestärkt werden, da die Landeszentrale für politische Bildung ins Kultusministerium mit einem Budget von 4,2 bis 4,3 Millionen Euro pro Jahr zurückkehren soll. Es sollen auch die Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft von 608 Millionen Euro (2025) auf über 646 Millionen Euro (2026) gesteigert werden. Die Personalplanung stagniert laut Entwurf auf dem Niveau von 2024. Die Anzahl der Lehrerstellen ist stabil bei 31.730, ebenso wie die 2.242 Stellen für Referendare. Für Schulsistenzkräfte sind 472 unbefristete Stellen plus befristete Beschäftigungen eingeplant, aber es werden keine neuen Stellen geschaffen und es gibt keinen speziellen Stellenplan. Einsparungen

soll es im Ganztagsbereich geben. Die Finanzierung soll auf 35 Millionen Euro (2025) und 33 Millionen Euro (2026), gegenüber 45 Millionen Euro in den Vorjahren gesenkt werden. Für Infrastrukturprojekte, die bereits bewilligt sind, sollen 50 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, aber es gibt keine Mittel für neue Vorhaben im Schul- und Kitabereich. Der Finanzminister Christian Piwarz kündigt an, den Entwurf für den Doppelhaushalt 2025/2026 rechtzeitig vor der parlamentarischen Sommerpause zu verabschieden und die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung auf ein Minimum zu begrenzen. Das heißt, es werden keine neuen Projekte in diesem Schuljahr an den Schulen genehmigt.

Der Haushaltsplan von Sachsen für 2025/2026 zeigt eine klare Priorisierung im Bildungsbereich durch ein Budget von 10,6 Milliarden Euro, was den größten Anteil des Gesamthaushalts ausmacht. Es gibt Investitionen in die frühkindliche Bildung, die Sprachförderung, die Berufsorientierung sowie die politische Bildung. Diese Maßnahmen stimmen mit den Zielen von Karin Prien überein. Jedoch zeigt der Haushaltsplan auch Schwächen wie bei der Personalplanung für Lehrkräfte und Schulassistentenkräfte. Dies könnte die Umsetzung von Priens Ziel, Lehrkräfte stärker zu unterstützen und Schulen als ganzheitliche Lern- und Lebensorte zu etablieren, behindern. Ebenso fehlen neue Mittel für Infrastrukturprojekte, was die Modernisierung schulischer Umgebungen und die digitale Ausstattung erschweren könnte. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Sachsens Haushaltsplan in einigen Bereichen Priens Zielsetzung entspricht, jedoch in anderen, wie der langfristigen Sicherung der Personalressourcen und der Infrastrukturentwicklung, hinter den geforderten Reformen zurückbleibt. John Hattie formuliert in der Meta-Studie „Visible Learning“ treffend: „Accomplishing the maximum impact on student learning depends on teams of teachers working together, with excellent leaders or coaches, agreeing on worthwhile outcomes, setting high expectations, knowing the students' starting and desired success in learning, seeking evidence continually about their impact on all students,

modifying their teaching in light of this evaluation, and joining in the success of truly making a difference to student outcomes.“ Gute Lehrkräfte sind der Garant für bessere Bildung.

(„Den größtmöglichen Einfluss auf das Lernen der Schülerinnen und Schüler zu erreichen, hängt davon ab, dass Lehrerteams gemeinsam arbeiten – mit hervorragenden Führungskräften oder Coaches –, sich auf sinnvolle Ziele einigen, hohe Erwartungen setzen, die Ausgangslage der Schülerinnen und Schüler sowie die angestrebten Lernerfolge kennen, fortlaufend Belege für ihre Wirkung auf alle Lernenden suchen, ihren Unterricht anhand dieser Auswertungen anpassen und gemeinsam den Erfolg feiern, tatsächlich einen Unterschied für die Lernleistungen der Schüler zu bewirken.“)

Publikation „Bessere Bildung 2035“ Eckpunkte

- Frühe Bildung: Ausbau der frühkindlichen Bildungseinrichtungen und Verbesserung der Betreuungsqualität.
- Einführung von Programmen zur frühzeitigen Sprachförderung.
- Kompetenz- und Leistungsentwicklung: Einführung von regelmäßigen Kompetenztests in den Bereichen Lesen, Schreiben und Mathematik.
- Förderung von individualisiertem Lernen durch digitale Lernplattformen.
- Bildungschancen: Maßnahmen zur Reduktion der Bildungsungleichheit
- Ausbau von Ganztagschulen, um zusätzliche Lern- und Betreuungsangebote zu schaffen.
- Schule als Lern- und Lebensort: Verbesserung der schulischen Infrastruktur, einschließlich moderner Lernumgebungen und digitaler Ausstattung.
- Förderung von Projekten zur Stärkung des sozialen Miteinanders und der Schulgemeinschaft.

Madeleine Helbig



EIN EINZIGARTIGER LERNORT!

Entdecken. Verstehen. Handeln.



Im Klimahaus wird Bildung zum Erlebnis! Spannende Programme für Kitas, Schulklassen und Gruppen machen den Unterricht lebendig und bieten eine ideale Ergänzung zum Klassenzimmer.

Weitere Informationen unter: www.klimahaus-bremerhaven.de



KLIMAHHAUS®
BREMERHAVEN



Connecting your world.

Klasse Idee!

Eine neue Ära der mobilen AI beginnt: Mit dem Samsung Galaxy S25 und den smarten Business Mobil Tarifen der Telekom sind Sie und Ihre Lieben überall bestens ausgestattet.

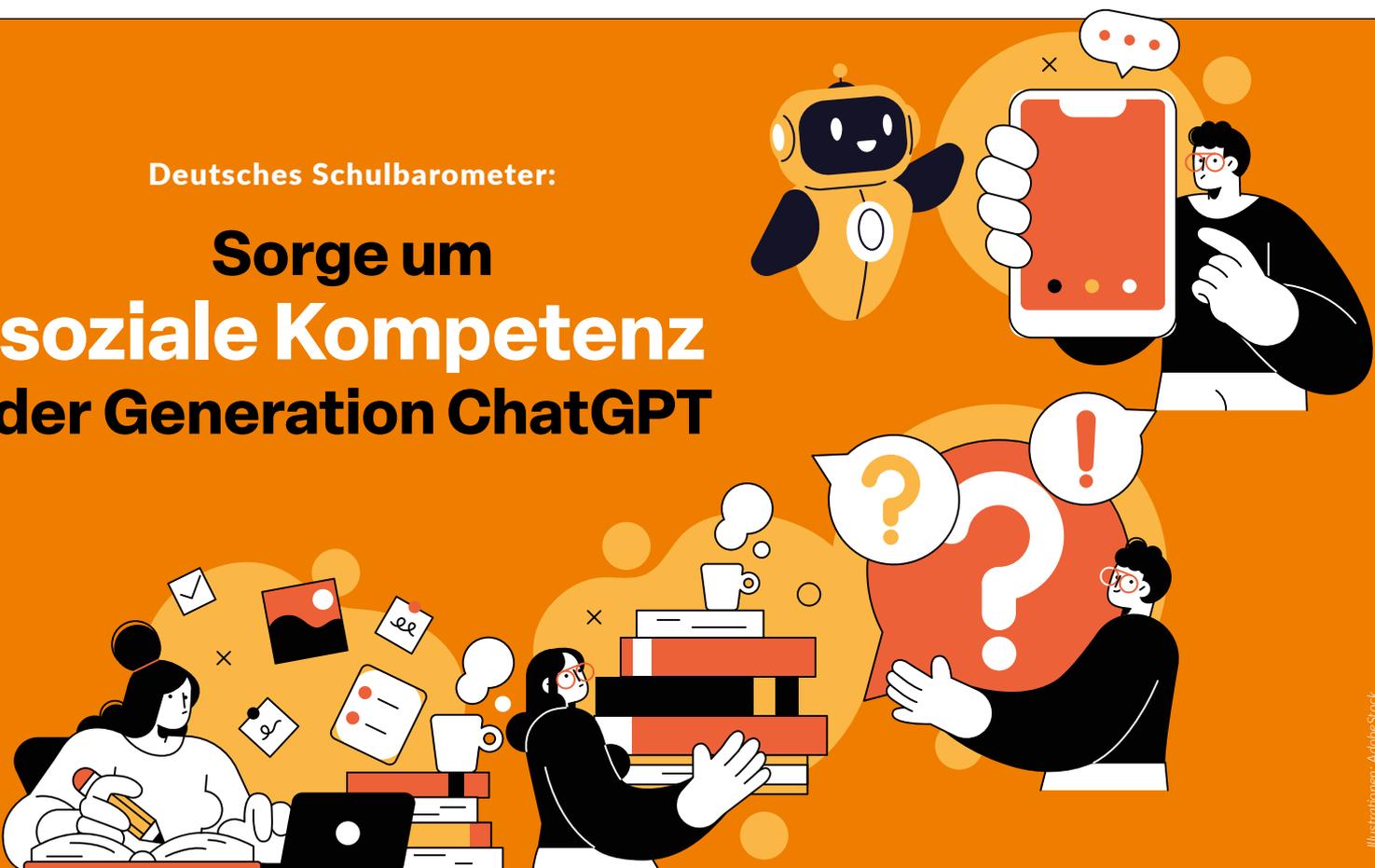
Hier gibt's das Sommerangebot

- Online: mitarbeiterangebote.telekom.de oder QR-Code scannen
- Kostenfreie Hotline: 0800 33 0034531
- E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
- Persönliche Beratung in allen Telekom Shops vor Ort:
www.telekom.de/terminvereinbarung

Ihre Vorteilsnummer: **MA053**

Deutsches Schulbarometer:

Sorge um soziale Kompetenz der Generation ChatGPT



Illustrationen: AdobeStock

Repräsentative Studie der Robert Bosch Stiftung wirft erstmals Schlaglicht auf KI im Klassenzimmer: Lehrkräfte fühlen sich im Umgang mit KI-Tools unsicher und fürchten negative Auswirkungen bei sozialen und kommunikativen Fähigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler. Hauptbelastungen der Lehrkräfte im Schulalltag bleiben herausforderndes Verhalten von Schülerinnen und Schüler sowie Zeitmangel. Jede zweite Lehrkraft wünscht sich mehr Demokratiebildung, doch die Umsetzung scheitert häufig an Zeitmangel oder Angst vor Konflikten.

Deutschlands Lehrkräfte blicken skeptisch auf den Einfluss Künstlicher Intelligenz (KI) im Klassenzimmer: Die Mehrheit erwartet durch Chatbot-Anwendungen wie ChatGPT überwiegend negative Auswirkungen auf ihre Schülerinnen und Schüler. Besonders gefährdet sehen sie soziale und kommunikative Fähigkeiten (61 Prozent) sowie das kritische Denkvermögen (60 Prozent). Gleichzeitig erkennen ebenso viele das Potenzial für personalisiertes Lernen (57 Prozent). Dies geht aus dem heute veröffentlichten Deutschen Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung GmbH hervor. Die repräsentative Studie offenbart zudem deutliche Defizite im Umgang mit KI: 62 Prozent der Lehrkräfte fühlen sich demnach unsicher, ein Drittel hat KI-Tools im vergangenen Jahr beruflich gar nicht genutzt. Wer sie einsetzt, nutzt sie vor allem zur Aufgabenerstellung (58 Prozent) und Unterrichtsplanung (56 Prozent), deutlich seltener zur Leistungsbewertung (6 Prozent) oder Analyse von Lerndaten (3 Prozent).

„ChatGPT und vergleichbare Anwendungen sind längst Teil der Lebenswelt jun-

ger Menschen und lassen sich auch durch Verbote nicht mehr aus dem schulischen Alltag verbannen“, sagt Dr. Dagmar Wolf, Leiterin des Bildungsbereichs der Robert Bosch Stiftung. „Lehrkräfte sollten eigene Erfahrungen mit diesen Technologien sammeln. Darüber hinaus sind systematische Fortbildungen zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Unterricht unerlässlich. Nur so können Schülerinnen und Schüler zu einem reflektierten und verantwortungsvollen Umgang befähigt werden. Richtig eingesetzt, kann KI Lehrkräfte entlasten und ihnen mehr Freiraum für pädagogische Aufgaben verschaffen.“

Was Lehrkräfte am meisten belastet: Verhalten der Schülerinnen und Schüler sowie Zeitmangel

Für eine wachsende Zahl von Lehrkräften stellt das Verhalten der Schüler:innen die größte Herausforderung im Schulalltag dar. 42 Prozent der Befragten sehen darin ihre Hauptbelastung - ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr (35 Prozent). Besonders stark betroffen sind Lehrkräfte an Haupt-, Real- und Gesamtschulen (52 Prozent).

An zweiter Stelle nennen die Befragten die hohe Arbeitsbelastung und den chronischen Zeitmangel (34 Prozent, 2024: 28 Prozent). Die Auswirkungen sind spürbar: Ein Drittel der Lehrkräfte fühlt sich mehrmals pro Woche erschöpft, zehn Prozent sogar täglich. Trotz dieser Belastung bleibt die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit (84 Prozent) und der eigenen Schule (90 Prozent) weiter bemerkenswert hoch.

Demokratiebildung: Wunsch nach mehr Engagement trifft auf strukturelle Hürden

Erstmals untersucht das Deutsche Schulbarometer in diesem Jahr auch, wie Lehrkräfte die Demokratiebildung an ihren Schulen einschätzen. Das Ergebnis: Mehr als die Hälfte (54 Prozent) ist der Meinung, dass in diesem Bereich mehr getan werden müsste. Der Umsetzung stehen aus Sicht der Befragten jedoch praktische Herausforderungen im Weg. Als größtes Hindernis nennen drei Viertel der Lehrkräfte (77 Prozent) den Mangel an Unterrichtszeit. Fast die Hälfte (45 Prozent) sieht zudem fehlendes Fachwissen des Kollegiums als problematisch an.

Deutliche regionale Unterschiede zeigen sich insbesondere zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern: Lehrkräfte im Osten berichten häufiger von Desinteresse im Kollegium (38 Prozent gegenüber 26 Prozent im Westen). Auch die Sorge vor Konflikten unter Schüler:innen (29 Prozent gegenüber 17 Prozent) sowie befürchtete Widerstände von Eltern (27 Prozent gegenüber 9 Prozent) werden dort deutlich häufiger als Hürden genannt.

Widersprüchlich ist die Einschätzung der Mitbestimmungsmöglichkeiten: Zwar sehen 68 Prozent der befragten Lehrkräfte die Anliegen der Schüler:innen bei Entscheidungen an der Schule berücksichtigt, doch 45 Prozent sprechen den Schülervertretungen realen Einfluss ab.

„Demokratieerziehung findet nicht nur im Politikunterricht statt. Schulen müssen sich zu demokratischen, partizipativen

und inklusiven Orten entwickeln, die von Lernenden und Lehrenden gemeinsam gestaltet werden“, fordert Wolf. „Dafür brauchen wir einen echten Wandel – strukturell, personell und kulturell. Ein wichtiger Schritt ist die konsequente Umsetzung des angekündigten Investitionsprogramms Bildung und des Digitalpakts 2.0 durch Bund und Länder.“

Die detaillierten Ergebnisse finden sich im Deutschen Schulbarometer. Für die aktuelle Ausgabe wurden die Lehrkräfte zu weiteren Themen befragt, u.a. zum aktuellen Stand der inklusiven Beschulung, psychosozialen Unterstützungsangeboten und Fortbildungen.

Über das Deutsche Schulbarometer

Mit dem Deutschen Schulbarometer lässt die Robert Bosch Stiftung seit 2019 regelmäßig repräsentative Befragungen zur aktuellen Situation der Schulen in

Deutschland durchführen. Seit 2024 werden neben Lehrkräften auch Schüler:innen befragt. Beide Erhebungen werden jährlich mit denselben Befragten durchgeführt.

Für die aktuelle Ausgabe befragte das Meinungsforschungsinstitut forsa zwischen dem 11. November und 2. Dezember 2024 insgesamt 1.540 Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Die Studie entstand in enger Zusammenarbeit mit einem interdisziplinären Forschungsteam der Universität Heidelberg, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Potsdam.

Das Deutsche Schulbarometer identifiziert frühzeitig Entwicklungen im Bildungssystem und leitet daraus Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger:innen im Bildungssystem ab.

Weitere Informationen unter www.schulbarometer.de

VDR-Pressemitteilung vom 25. Juni 2025:

Großauftrag an die Politik

Das Schulbarometer 2025 zeigt sehr klar: Die Herausforderungen für Schulen und Lehrkräfte werden größer – und die Rahmenbedingungen schlechter. Auf mehreren Ebenen besteht dringender Handlungsbedarf.

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) sieht im heute veröffentlichten Deutschen Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung einen deutlichen Appell an Politik und Schulverwaltung.

Die repräsentative Umfrage zeigt: Viele Lehrkräfte stehen unter erheblichem Druck – insbesondere im Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI), bei zunehmendem auffälligem Verhalten von Schülerinnen und Schülern sowie angesichts fehlender personeller Unterstützung.

„Das Schulbarometer zeigt, dass an vielen Schulen Verunsicherung herrscht, wenn es um den Einsatz von KI im Unterricht geht. Lehrkräfte fordern zurecht mehr Zeit und Ressourcen, um KI gezielt und pädagogisch sinnvoll einzusetzen – zum Wohle des Lernerfolgs der Schülerinnen und Schüler“, erklärt VDR-Bundesvorsitzender Ralf Neugschwender.

Der VDR spricht sich klar für die Nutzung generativer KI wie ChatGPT an Schulen aus – jedoch unter der Voraussetzung, dass didaktische Konzepte, klare Leitplanken und passende Fortbildungsangebote entwickelt und ausgebaut werden. „Wir brauchen eine ehrliche Debatte über die Zukunft unserer Lern- und Prüfungskultur. Persönlichkeitsentwicklung

und Leistungsorientierung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie gehören zusammen“, so Neugschwender weiter.

Die Studie bestätigt außerdem das, was viele Lehrkräfte dem VDR regelmäßig zurückmelden: Der Umgang mit herausforderndem Verhalten wird schwieriger – oft bei gleichzeitigem Mangel an Unterstützung. „Wir brauchen deutlich mehr Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter und multiprofessionelle Teams. Lehrkräfte allein können die Vielzahl an sozialen, emotionalen und unterrichtlichen Aufgaben nicht mehr stemmen“, warnt Neugschwender.

Zentral ist für den VDR die Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen: „Es muss Aufgabe der Ministerien und Schulverwaltungen sein, die Bedingungen so zu gestalten, dass Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler gesund bleiben können. Schulisches Wohlbefinden darf kein Randthema mehr sein – es ist eine Grundvoraussetzung für Lernerfolg, Motivation und Zufriedenheit“, betont Neugschwender.

Auch bei der politischen Bildung sieht der VDR dringenden Handlungsbedarf. Demokratiebildung brauche Zeit, Raum und feste Verankerung im Schulalltag. „Schülerinnen und Schüler müssen ihre Schulzeit als selbstwirksam erleben und aktiv mitgestalten können. Nur so stärken wir nicht nur das Wissen über unsere Demokratie, sondern auch das demokratische Handeln im Alltag“, so der VDR-Vorsitzende abschließend.

Matthias Ullwig ist Coach für Positive Führung, ehemaliger Offizier und Unternehmer, heute tätig an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Bildung und Bundeswehr.



23

FRAGEN AN

MATTHIAS ULLWIG

1. Sie sind Coach für Führungskräfte. Gerade auch an Schulen sollte ein guter Umgang miteinander und zwischen den einzelnen Akteuren etabliert werden. Wie sieht Ihr Konzept aus?

Führung beginnt immer bei einem selbst. In meiner Arbeit mit Führungskräften – ob in Unternehmen oder Bildungseinrichtungen – geht es zunächst um Selbstreflexion: Wer bin ich? Was ist mir wichtig? Wie gehe ich mit Herausforderungen um? Das Modell, mit dem ich arbeite, ist unter anderem das sogenannte PERMA-Modell aus der Positiven Psychologie. Es steht für Positive Emotionen, Engagement, Relationships, Meaning und Accomplishment – also zentrale Aspekte eines gelingenden Lebens und Wirkens.

Dieses Modell lässt sich auch hervorragend auf den Schulalltag übertragen – bei Lehrkräften wie auch bei Schülerinnen und Schülern. Wenn Menschen regelmäßig ihre Stärken einsetzen können, sich gesehen fühlen, Sinn in ihrem Tun erkennen und erleben, dass sie etwas bewirken, dann entsteht echte Motivation – und das unabhängig von Alter oder Hierarchiestufe. Mein Konzept setzt genau dort an, mit praktischen Impulsen zur Selbstführung, zur Kommunikationskultur und zur Teamdynamik. Schulen können so nicht nur Lernräume, sondern auch echte Wachstumsräume werden.

2. Sie waren Zeitsoldat und sind heute noch in der Ausbildung in der Bundeswehr aktiv. Demnach kennen Sie hierarchische Strukturen im Staatsdienst sehr gut. Findet Ihr Konzept hier überhaupt Raum?

Ja – mehr, als man zunächst vermuten würde. Strukturen und Vorschriften schließen menschliche Führung nicht aus, sie geben vielmehr Orientierung. Entscheidend ist, mit welcher Haltung Führung gelebt wird. Ich selbst habe in der Bundeswehr erlebt, wie stark Strukturen sein können – aber auch, wie sehr es auf den Menschen ankommt, der sie ausfüllt.

Heute unterrichte ich unter anderem an der Schule für Stabsdienst und Feldjäger und arbeite mit dem Zentrum Innere Führung zusammen. Dort integrieren wir gezielt Elemente der Positiven Psychologie – wie das PERMA-Modell – in die Ausbildung von Führungskräften. Natürlich gibt es in bestimmten Einsatzszenarien (z. B. im Gefecht oder im OP) keinen Raum für lange Diskussionen. Aber im Ausbildungs- und Führungsalltag ist der Raum für eine positive, menschenorientierte Haltung da – und sie wirkt. Denn auch im Staatsdienst gilt: Vertrauen, Sinn, Klarheit und Anerkennung stärken Motivation und Leistungsfähigkeit auf allen Ebenen.

3. Meinen Sie, man könnte dieses Konzept auch einsetzen zur Verbesserung von Lernsituationen, sowohl für Lehrkräfte als auch Schüler?

Unbedingt. Kommunikation, Motivation und eine gute Beziehungskultur sind die Basis für jede Form von Lernen. Wenn Lehrkräfte ihre eigenen Werte, Stärken und Haltungen gut kennen und reflektieren, können sie Schülerinnen und Schüler nicht nur unterrichten, sondern auch inspirieren. Gleichzeitig ist das Schulumfeld für viele Jugendliche ein Ort, an dem sie erstmals echte Selbstwirksamkeit erleben können – oder eben auch nicht.

Ein aufrichtiger, wertschätzender Umgang, das bewusste Wahrnehmen von Fortschritt und Anstrengung und die Möglichkeit, eigene Stärken einzusetzen, sind entscheidend für das, was am Ende „ankommt“. Dabei geht es nicht um „Wohlfühlpädagogik“, sondern um eine wissenschaftlich fundierte Perspektive auf Motivation, Lernen und Entwicklung. Schulen können so nicht nur Leistung fördern, sondern auch Resilienz, soziale Kompetenz und ein starkes Selbstbild – das ist aus meiner Sicht genauso wichtig.

Die Fragen stellte Waltraud Eder

Aktionsrat Bildung präsentiert Gutachten „Bildungsleistung durch Verbindlichkeit“ auf vbw-Kongress



Der Aktionsrat Bildung und alle Mitwirkenden beim Kongress der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw

„Solange Verbindlichkeit fehlt, herrschen Zaudern und Unschlüssigkeit...“

Johann Wolfgang von Goethe

Die jüngsten Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien sprechen eine deutliche Sprache: Die Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler sind in den vergangenen zehn Jahren signifikant gesunken und liegen mittlerweile sogar unter dem Niveau des „PISA-Schocks“ im Jahr 2000. Vor diesem alarmierenden Hintergrund widmete sich der diesjährige Kongress der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. „Deutschland hat Zukunft“ im Haus der Bayerischen Wirtschaft dem Thema „Bildungsleistung durch Verbindlichkeit“: ein bewusst gesetztes Signal für mehr Qualität, Verlässlichkeit und Eigenverantwortung im deutschen Bildungssystem.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer VDR Ralf Neuschwender, erörterte im Rahmen einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit Kultusministerin Anna Stolz, Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik) sowie Dr. Christof Prechtel (stellvertretender Hauptgeschäftsführer der vbw) zentrale Erkenntnisse des

Gutachtens sowie konkrete Lösungsansätze zur Stärkung der Kernkompetenzen im Bildungssystem.

Zentrale Grundlage des Kongresses war das von der vbw in Auftrag gegebene Gutachten des Aktionsrats Bildung, einem unabhängigen Expertengremium renommierter Bildungswissenschaftlerinnen und Bildungswissenschaftler. Im Mittelpunkt der Analyse steht das Konzept der Ver-

bindlichkeit, verstanden als abgestimmte, verantwortungsvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten: vom Staat über Bildungsinstitutionen bis hin zu Lehrkräften, Familien und Lernenden selbst. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems langfristig zu sichern und die Eigenverantwortung aller Akteure zu stärken.

Auf Basis einer fundierten empirischen Bestandsaufnahme formuliert der Aktionsrat Bildung klare Empfehlungen für politische Entscheidungsträger. Die zentralen Forderungen des Gutachtens lassen sich auf drei Ebenen zusammenfassen:

Staatliche Ebene:

- Wiederaufnahme des PISA-Bundesländervergleichs
- Verbindliche Qualitätsstandards und systematisches Monitoring der Lernleistungen



Links: vbw-Präsident Wolfram Hatz eröffnet den Kongress – Mitte: Prof. Dr. Bettina Hannover, Leiterin des Arbeitsbereichs für Schul- und Unterrichtsforschung im Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie an der Freien Universität Berlin, stellt ihre Ergebnisse vor – rechts: Prof. Dr. Tina Seidel, Inhaberin des Friedl Schöllner-Stiftungslehrstuhls für pädagogische Psychologie an der Technischen Universität München erläutert ihre Ergebnisse.

- Ausdehnung und Flexibilisierung von Lernzeiten
- Verbindliche Strategien zur Fachkräftegewinnung
- Gezielte Förderprogramme zur Sicherung von Bildungsqualität

Institutionelle Ebene:

- Konsequente Nutzung der Monitoring-Ergebnisse zur Qualitätssteigerung
- Höhere Diversifizierung sowie kontinuierliche Fortbildung des pädagogischen Personals

Individuelle Ebene:

- Förderung eigenverantwortlichen Lernens
- Systematische Einbindung von Familien bei individuellem Förderbedarf
- Nutzung von Daten zur Weiterentwicklung von Kompetenzen bei Lehrenden und Lernenden

Der Kongress eröffnete mit Grußworten von Wolfram Hatz, Präsident der vbw, der unter anderem betonte, dass junge Menschen mit zunehmendem Alter mehr Verantwortung für ihre Bildungsbiografie übernehmen müssten. Prof. em. Dr. Rudolf Tippelt (Ludwig-Maximilians-Universität München) sprach über die Bedeutung von mehr Verbindlichkeit für die Bildungsleistung und fand klare Worte: „Leistungsstandards auf allen Bildungsebenen müssen endlich nicht nur formuliert, sondern verbindlich gemacht werden, ohne Wenn und Aber, und zwar in der gesamten Bundesrepublik“, so Tippelt, dem zufolge auch von den Lernenden und ihren Eltern ein Maximum an Kooperation in ihrem Bildungsprozess verlangt werden müsse. Leistungsanforderungen dürften nicht abgesenkt, sondern müssten angesichts der Notwendigkeit von Kernkompetenzen vielmehr gesteigert werden, forderte der Bildungswissenschaftler.

Verlorene Verbindlichkeit: psychische Folgen für die Lernenden

Einen inhaltlichen Schwerpunkt setzte der anschließende Beitrag von Prof. Dr. Bettina Hannover (Freie Universität Berlin), die aus psychologischer Perspektive Ursachen und Auswirkungen verlorener Verbindlichkeit für das Individuum beleuchtete. Unter anderem machte sie deutlich, dass es eine abnehmende Verbindlichkeit im Bildungssystem gebe. Diese ließe sich beispielsweise anhand gesunkener Leistungsanforderungen festmachen. „Zwei Indikatoren dafür, dass es einen Trend zu verringerten Leistungsanforderungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gibt, sollen im Folgenden genannt werden: Hochschulzugangsberechtigungen und Abiturnoten“ (AktionsratBildung, 2025, S. 39). So habe sich der Anteil der Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung über die letzten Jahrzehnte hinweg drastisch erhöht. Die mittleren Abiturnoten hingegen haben sich im Zeitraum 2013-2023 deutlich verbessert, Stichwort Noteninflation.

Als konkrete psychologische Folgen verlorener Verbindlichkeit nannte Hannover den „Verlust subjektiver Kontrolle über [die] Bildungs- und Erwerbtätigkeitsbiografie“ und „unrealistisch überhöhte Bildungsaspirationen“. Lernende, Lehrende und Erziehende müssten dabei unterstützt werden, optimistische, aber realistische Bildungsaspirationen und Erwartungen zu entwickeln.

Wohlbefinden vs. Leistung

Eine weitere Ursache für fehlende Verbindlichkeit sei eine veränderte Werteorientierung, im Zuge derer Leistungswerte mit Wohlbefindenswerten konkurrierten. „Postmaterielle Werte“ wie Spaß haben oder Selbstverwirklichung haben mit dem Lebensstandard einer Gesellschaft an Be-

VDR-Vorsitzender Ralf Neugschwender spricht sich auf dem Podium für eine differenzierte Aufschlüsselung der PISA-Studie nach Bundesländern aus.



Unterrichtsstörungen in Tabletclassen

Vorbeugen, erkennen und souverän meistern

Es ist eine der wesentlichen Gelingensbedingungen für einen „guten Unterricht“ mit digitalen Medien – der Umgang mit Unterrichtsstörungen in Tabletclassen. Dass diese These derzeit wieder recht aktuell ist, zeigen nicht nur einige lesenswerte Neuveröffentlichungen zu dem Thema, sondern auch die Veröffentlichung des „K+5-Modells des guten Unterrichts in einer digitalen Welt“, was Sie im mebis-magazin seit Kurzem online abrufen können. Darunter wird als das „K“ die „effektive Klassenführung“ verstanden, welche u. a. „auf klaren Regeln und Ritualen für die Arbeitsweisen (...) basiert“. Als Grundlage dient diesem Konzept das bereits bekannte „bayerische Qualitätstableau“ des Bayerischen Landesamts für Schule. In diesem Artikel möchte ich Ihnen eine Art Workflow für den Umgang mit Störungen und Konflikten vorstellen, die besonders im Unterricht mit digitalen Endgeräten auftreten können. Denn „frühzeitig eingreifen, bevor kleine Probleme groß werden (Jones 2000)“ ist in jedem Fall – so viel sei schon anfangs gesagt – nicht der schlechteste Ratgeber.



„Vertragliche Vereinbarung“ mit der Klasse, „Management by walking around“ – das sind Gestaltungsmöglichkeiten für einen guten Umgang mit digitalen Endgeräten im Unterricht.

Worüber reden wir genau, wenn wir von „Unterrichtsstörungen“ sprechen?

Um sich der Thematik zu nähern, erscheint es sinnvoll, mit einer Definition zu starten. Nach De Florio-Hansen (2025) wird „(...) unter einer Unterrichtsstörung (...) gemeinhin das Verhalten einer oder mehrerer Personen verstanden, die den geregelten Ablauf des Unterrichts beeinträchtigen und dadurch das Lernen einzelner Schülerinnen und Schüler oder der gesamten Lerngruppe erschweren bzw. unmöglich machen.“ Wie diese Störungen aussehen können, weiß Klaffke (2022) aufzulisten. Er versteht darunter u.a. das „miteinander reden, Geräusche provozieren, herumlaufen, träumen/kritzeln, mit Gegenständen spielen, für andere Fächer arbeiten“ und auch die „mangelnde Beteiligung am Unterricht“

selbst. Was in allen Veröffentlichungen aber bisher fehlt, sind diejenigen Störungsquellen, die sich direkt aus der Nutzung von Tablets ergeben können. Aus meiner langjährigen Erfahrung heraus würde ich die „Klaffke-Liste“ nämlich um einige Aspekte ergänzen, die wir als Lehrkräfte kennen sollten, um Lösungsstrategien zum Umgang damit überhaupt erst entwickeln zu können. Dabei denke ich z. B. an:

- das Zocken von Games,
- die Nutzung von Messenger-Apps,
- das Surfen auf unterrichtsfremden Websites,
- das unerlaubte Fotografieren,
- den Datentransfer von Memes, Bildern oder kurzen Videoclips via Air-Drop bzw. das Verbinden mit dem Beamer (auch über unterschiedliche Klassenräume hinweg).

Lösungsstrategie I – Auf den Unterricht kommt es an

Eine der zu treffenden Präventivmaßnahmen können wir als Lehrkräfte direkt beeinflussen. So sehen Wettschein & Scherzinger (2022) u.a. eine „schlechte Rhythmisierung“ der Stunde und „ungenügende Unterrichtsvorbereitung“ als mögliche Ursachen für Unterrichtsstörungen an. Die These ist insofern natürlich auch problematisch, da der Einsatz von Tablets für uns Lehrkräfte eben eine Vielzahl von neuen

Kompetenzen abverlangt. Zu deren Erwerb und Umsetzung gibt es aber leider auch noch nicht immer gleich eine belastbare wissenschaftliche Handlungsempfehlung. Derzeit lässt sich aber sagen, dass es vor allem auf die Präsenz einer Lehrkraft in Tabletklassen ankommt (vgl. Hattie 2013). Dabei schlägt Eichhorn (2025) vor, dass Sie diese durch einen guten Klassenüberblick und ein sog. „Management by walking around“ schärfen können. Es geht darum, dass Sie die o.g. „neuen Unterrichtsstörungen“ erkennen und ggf. auch einzelnen Schülern zuordnen können. Zudem ist es wichtig, sachlich und ruhig auf das Fehlverhalten hinzuweisen, um „negative Emotionen und Reaktanz“ bei den betroffenen Schülern (Brehm 2006) vermeiden zu können. Ich würde die Aspekte der Präsenz aber noch um folgende aktuelle Punkte erweitern. Als Lehrkraft in einer Tablet-Klasse benötigt man auf jeden Fall:

- ein grundlegendes technisches Know-How, um bei kleineren Problemen eine Ersthilfe anbieten zu können
- ein Basisverständnis, wie der Einsatz von KI-Tools in Tablet-Klassen den Unterricht beeinflussen kann
- ein eigenes Konzept, wie man die jeweilige Klasse zeitgemäß und regelmäßig aktivieren kann (bestehend aus z. B. „Schritt-für-Schritt-Erklärungen, Einsatz von Lösungsmustern, begleitende, aber auch selbstständige Übungsphasen, Stellung von realistischen Aufgaben“, vgl. Helmke 2022)

Mit dem passenden Methodenwechsel, der Stellung von „echten“ Gruppenaufträgen, die ihren Namen auch verdienen (Johnson & Johnson 2013) und einer kongruenten Nutzung von verbaler und nonverbaler Kommunikation können Sie die Vorkehrungen treffen, um den Unterricht auf die aktuellen Gegebenheiten hin anzupassen.

Lösungsstrategie II – Der unterschätzte Aspekt der Beziehungsebene

Auch im Klassenzimmer der Zukunft gilt – auf die Beziehung zwischen Lehrkraft und Klasse kommt es an, gerade wenn es sich um eine „neue Tablet-Klasse“ handelt. Nutzen Sie gerade den Anfang des Schuljahrs für einige klei-

ne, aber sehr relevante Kniffe, um dem Thema „Unterrichtsstörungen“ nicht erst dann reaktiv begegnen zu müssen. Es bietet sich an, zum Einstieg mit der Klasse gemeinsam einen individuellen „Classroom Contract“ zu vereinbaren, der die Nutzung der Tablets definiert. Dabei schulen alle Beteiligten ihr eigenes Verantwortungsbewusstsein und Sie als Lehrkraft haben am Ende auch eine Kommunikationsgrundlage mit den Eltern, um das eigene Vorgehen, aber auch mögliche Sanktionen fundiert begründen zu können. Was passieren kann, wenn das Klassenklima schlecht ist bzw. ein „ungeordnetes Klassenzimmer“ vorliegt, zeigte u. a. Schuster 2020 auf. So entstehen dadurch „mehr Aggressionen, Gewalt und Mobbing“. Diese Gefahr sollte sich auch 2025 mit dem Tablet als verfügbares digitales Ventil sicher als mindestens genauso relevant darstellen. Vergessen werden sollte aber nicht, dass auch konstruktive Aspekte in den Klassenvertrag aufgenommen werden sollten. So könnten dies u. a. auch ritualisierte Entspannungsphasen sein, die man „analog“ im Klassenzimmer durchführt. Außerdem könnte man für Absprachen und das Training der digitalen Kommunikation einen Klassenchat via „ByCS Messenger“ etablieren. Auch etwaige Belohnungen oder Privilegien ließen sich festhalten. So dürfen in meinem Unterricht die Schülerinnen und Schüler z. B. prinzipiell trinken sowie den Sitzplatz frei wählen oder in einer Vertretungsstunde bei Erledigung des Auftrags Online-Schach spielen oder Lernspiele nutzen.

Lösungsstrategie III – Sanktionieren, aber mit Augenmaß

Doch wie reagieren, wenn es doch zu Grenzüberschreitungen kommt? Dabei setze ich stets auf das Konzept einer „neuen Autorität“ (Omer/von Schippe 2016), das nicht auf Angst basiert, sondern versucht, Unterstützungen anzubieten und Möglichkeiten zu suchen, wie die Schülerin oder der Schüler sein Verhalten eigeninitiativ „modifizieren“ kann. Letztlich sollte man aber auch bedenken, dass vielen Jugendlichen manche Regelüberschreitung vielleicht nicht klar ist, da sie in der Tablet-Klasse ggf. eben auch zum ersten Mal vorkommt. Berücksichtigen Sie dies bei Ihrem Sanktionierungsvorgang und vermeiden Sie die Austragung eines

„Machtkampfs“ während des Unterrichts. Verlagern Sie das klärende Gespräch auf ein Zeitfenster danach und stellen Sie zunächst einmal klar, welche Rolle die Unterrichtsstörung für Sie und die Klasse eingenommen hat. Mit dem Klassiker „Ich-Botschaften“ deeskalieren Sie die Situation und erarbeiten, wenn möglich, gleich eine gemeinsame Strategie, damit der Betroffene es in der nächsten Stunde einfach besser machen kann.

Statt einer Zusammenfassung – Eichhorns „Top-Tool“ bei Konflikten

Der Artikel kann natürlich nur einen kurzen Einblick in das Thema geben und sparte bewusst auch größere oder ggf. rechtlich relevante Unterrichtsstörungen aus, da er sich mit dem „normalen Unterrichtsgeschehen“ befassen will. Zur weiteren Lektüre seien die beiden angefügten Literaturhinweise empfohlen. Abschließend vielleicht ein letzter Tipp. Nutzen Sie doch beim nächsten Konfliktgespräch als Einstieg folgende „Support-Question“, die Eichhorn (2025) vorschlägt, um eine Eskalation im Unterricht zu vermeiden: „Gell, mir ist es wichtig, dass du dich in der Klasse gut fühlst. Wie geht es dir, Finn? Fühlst du dich wohl?“ Meiner Meinung nach geht es im Wesentlichen genau darum. Dass Sie sich und Ihre Klasse in der Umgebung Tablet-Klasse wohl und kompetent fühlen. Dann erst werden die Potenziale des Lehren und Lernens in der digitalen Welt auch ausgeschöpft.

Kai Wörner

Quellen und Literatur:

<https://t1p.de/pf06x> (Link zum „Bay. Qualitäts-tableau“)

<https://t1p.de/t1vt9> (Link zum „K+5-Modell“)

De Florio-Hansen, Inez: *Unterrichtsstörungen konstruktiv begegnen. Strategien zur Intervention und Prävention.* Weinheim 2025.

Eichhorn, Christoph: *Eskalation im Unterricht. Unterrichtsstörungen, Beleidigungen und Gewalt erfolgreich eingrenzen.* Stuttgart 2025.

AUS DEN LÄNDERN

→ BAYERN

brlv zum Übertrittszeugnis: Jeder Bildungsweg ist der richtige, wenn er zum Kind passt!

Der brlv nahm die Vergabe der Übertrittszeugnisse Ende April zum Anlass, die Bedeutung einer individuell passenden Schulwahl zu betonen und zugleich ein Umdenken in Gesellschaft und Bildungspolitik anzumahnen. „Alle weiterführenden allgemeinbildenden Schularten führen zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss, wenn sie den individuellen Begabungen und Bedürfnissen der Kinder entsprechen. Dafür gilt es ein stärkeres Bewusstsein zu schaffen“, erklärte brlv-Vorsitzender Ulrich

Babl. Die Wahl der weiterführenden Schule solle sich an den Stärken und Interessen des Kindes orientieren – nicht allein an elterlichen Wunschvorstellungen. Nur so könne langfristiger Bildungserfolg ohne unnötige Hürden gelingen. Babl hob die Bedeutung der Realschule auch im Hinblick auf die Fachkräftesicherung hervor: „Unsere Wirtschaft braucht qualifizierte Praktiker ebenso dringend wie Akademiker. Schularten, die auch auf die duale Ausbildung vorbereiten, dürfen nicht an Bedeu-

tung verlieren.“ Mit Nachdruck warnte der brlv davor, die Übertrittsregelungen weiter zu verwässern. „Für den Übertritt braucht es klare, nachvollziehbare und zugleich anspruchsvolle Kriterien“, so Babl. Ein „dämonisiertes Übertrittsverfahren“, das unter dem Stichwort Bildungsgerechtigkeit Anforderungen absenke, schade nicht nur den individuellen Bildungsbiografien, sondern auch der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Wie umgehen mit Mitgliedern extremistischer oder extremistisch orientierter Organisationen im Schuldienst?

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen stellt sich für viele bayerische Schulen zunehmend die Frage, wie mit extremistischen oder extremistisch orientierten Personen im Staatsdienst umzugehen sei.

Orientierung bietet zwar die Bekanntmachung über die Pflicht zur Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst, doch nach Einschätzung des brlv reichte diese allein zur Lösung konkreter Einzelfälle nicht aus. brlv-Landesvorsitzender Babl forderte von der Staatsregierung klar definierte Standards und betonte: „Jede Lehrkraft im Staatsdienst hat sich verpflichtet, für die Einhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzutreten. Extremistische Weltanschauungen, gleich ob rechtsextremistisch, linksextremistisch oder religiös-fundamentalistisch motiviert, stehen im klaren Widerspruch zu den Pflichten des Beamtenverhältnisses.“ Um in Fällen gesicherter Mitgliedschaft in entsprechenden Organisationen angemessen reagieren zu können, seien eindeutige Richtlinien und transparente Verfahren bei der Einzelfallprüfung unerlässlich.

Die jüngsten Vorfälle, bei denen Rechtsextreme an bayerischen

Schulen Flyer verteilt hatten, machten laut brlv deutlich, dass trotz vielfältiger Bemühungen in der Demokratiebildung und Extremismusprävention weiterhin Handlungsbedarf besteht. Schulen leisteten in diesem Bereich bereits viel, sei es im regulären Unterricht im Sinne des Bildungs- und Erziehungsziels „Politische Bildung“ oder durch Formate wie Projekttag, Workshops und die Verfassungsviertelstunde. Entscheidend sei jedoch, welche Maßnahmen tatsächlich Wirkung zeigten.

Der brlv sprach sich daher für eine systematische Evaluierung der bestehenden Programme und Initiativen aus. „Nur durch evidenzbasierte Weiterentwicklung können wir sicherstellen, dass Präventionsmaßnahmen dort ansetzen, wo sie am effektivsten sind, etwa bei der kritischen Auseinandersetzung mit digitaler Desinformation und extremistischen Narrativen, die insbesondere über soziale Medien verbreitet werden“, so Babl.

Zickzackkurs bei der digitalen Bildung: Die große Planungs-Unsicherheit!



Foto: AdobeStock

Anlässlich der Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten, künftig mobile Endgeräte erst ab der 8. Jahrgangsstufe im Unterricht einzusetzen, betonte brlv-Vorsitzender Babl: „Diese Kabinettsklausur sorgt mit dem Überraschungsei Tablet-Stopp in der Unterstufe dafür, dass Planungschaos und Unsicherheit an den Schulen herrschen. Sicherlich ist es sinnvoll, beim Einsatz digitaler Endgeräte auf die Bremse zu treten, denn die ‚Digitale Schule der Zukunft‘ bis 2028 mit der Brechstange umsetzen zu wollen, war vollkommen unrealistisch. Nach Bekanntwerden dieser drastischen Digital-Rolle rückwärts brodelte es jetzt an vielen Schulen gewaltig. Die Planungen für das nächste Schuljahr laufen auf Hochtouren, Medienkompetenzteams arbeiten seit Monaten an schlüssigen Konzepten, und zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben bereits alles auf den Weg gebracht. Es darf nicht sein, dass ihnen nun der Stecker gezogen wird.“

Man könne dem Verbandsvorsitzenden zufolge nur hoffen, dass die noch unbekanntenen Umsetzungsvorgaben keine komplette Kehrtwende bedeuten und den Schulen weiterhin ein großes Maß an Eigenverantwortlichkeit lassen. Offensichtlich handele es sich um eine willkommene Möglichkeit, eine Sparmaßnahme durchzusetzen.

Nicht ohne unsere Realschulen! – Volksantrag? Läuft!

Im Zusammenhang mit einer flächendeckenden Wiedereinführung von G9 sahen im Frühsommer des vergangenen Jahres alle Bildungsbeteiligten Handlungsbedarf. Die Sorge, dass, ohne Verbindlichkeit bei der Grundschulempfehlung, G9 womöglich Auswirkungen auf sämtliche andere Schularten der beruflichen Bildung hätte, stand im Raum. Und so wurde die Koalitionsvereinbarung, in dieser Legislaturperiode keine Strukturveränderungen vorzunehmen, von der Regierung schlicht fallen gelassen.

Vertreter der Realschulen setzten große Hoffnungen in eine intelligente und sinnvolle Lösung für das gegliederte Schulsystem. Letztendlich wären mit einer verbindlichen Grundschulempfehlung und der Rückkehr zu G9 gleichzeitig zwei fatale politische Fehler der Bildungspolitik in Baden-Württemberg korrigiert worden!

Das geänderte Schulgesetz sieht die verbindliche Grundschulempfehlung bislang nur für die Gymnasien vor. Es wird einen Potentialtest an den Gymnasien geben, an dem Kinder teilnehmen können, wenn die Eltern nicht mit dem Ergebnis der Grundschulempfehlung einverstanden sind. Das Ergebnis dieses Tests ist dann für die Eltern verbindlich. Diese Regelung fordern wir entsprechend für die Realschulen! Das wäre der logische, unkomplizierte und noch dazu kostenneutrale nächste Schritt.

Eine Verbindlichkeit für die Realschulen regelt gleichzeitig auch den Zugang zu den Hauptschulen und Werkrealschulen, gilt somit für alle Schularten des gegliederten Schulsystems und sichert deren Existenz und Eigenständigkeit. Seit Jahren wird diese für Qualität von Unterricht und Schule so wichtige Verbindlichkeit, unterlegt von schlagenden Argumenten, Studien und wissenschaftlichen Belegen, von der Schulpraxis gefordert. Außerdem: Während die Gymnasien ein Jahr länger für akademische Bildung und dafür Ressourcen bekommen und den Gemeinschaftsschulen deutliche Zugeständnisse in Richtung einer, sonst von den Schülerzahlen her nicht möglichen, Oberstufe gemacht werden, werden die Realschulen und Werkrealschulen nach 2012 erneut zum Opfer einer Vereinheitlichung immensen Ausmaßes. Eine ‚Säule‘ neben dem Gymnasium soll es für alle anderen unterschiedlichen Kinder geben.

GEZIELTE FALSCHINFORMATION?

Die Regierung argumentiert, es gäbe zu wenig Plätze für hauptschulempfohlene Kinder. Das ist falsch! Es gibt in Baden-Württemberg noch 229 Haupt-/Werkrealschulen und 323 Gemeinschaftsschulen, die das Hauptschulniveau in ih-

rem Konzept von Gründung an integriert haben (viele davon von der Schülerzahl nicht ausgelastet). Gerade die Haupt- und Werkrealschulen leisten hervorragende pädagogische Arbeit und sind in einem sinnvoll gegliederten Schulsystem die logische Ergänzung von Gymnasium und Realschule für die leistungsschwächeren, praktisch begabten Kinder. Außerdem sind Realschulen dazu bereit, einen gesonderten Hauptschulzug einzurichten, wo keine entsprechende Schulart mehr in der Nähe ist. Die Argumentation, es gäbe zu wenig Schulplätze für hauptschulempfohlene Kinder, ist damit hinfällig.

HINTER DEN KULISSEN - NUR NOCH ZWEI SCHULARTEN?

Der grünscharze Plan scheint gefasst: Eine ‚Säule‘ neben dem Gymnasium soll es für alle anderen unterschiedlichen Kinder geben. Das neue Schulgesetz wurde im Januar 2025 mit der Mehrheit von Grünen und CDU im Landtag verabschiedet. Dass die Schularten zunächst ihre Namen behalten, sodass sich für den Bürger nichts zu ändern scheint, ist Augenwischerei. Die Zweiteilung in Gymnasiasten und den ‚Rest‘ wird zur ‚Mobilitätsfalle‘ für die Kinder in der ‚zweiten Säule‘, die nicht entsprechend ihren Leistungsmöglichkeiten gefördert werden. Einer Aufsteigerschule wie der Realschule die Möglichkeit zu entziehen, von Anfang an mit ihren Schülern konsequent auf mittlerem Leistungsniveau zu arbeiten, rächt sich heute schon bitter.

Jenseits medialer Aufmerksamkeit wurden bereits vor der gesetzlichen Grundlage für die Schulen schon Fakten geschaffen. Ebenso im Hintergrund hat eine Gruppe, dem Kultusministerium nahestehender ‚Bildungsexperten‘, großzügig unterstützt von der BOSCH-Stiftung, das Konzept „Neue Sekundarschule“ entworfen. Eine Einheitsschule für alle nichtgymnasialen Kinder, mit einer verbindlichen Ganztageschule, die alle Herausforderungen von Inklusion bis Talentförderung, selbstverständlich mit nie ausgehenden Ressourcen und

genügend Personal, in Zukunft meistern soll. Déjà-vu gefällig? – Das hatten wir alles schon einmal!

AUSWIRKUNGEN AUF DIE ZUKUNFT?

Mit dem nach Leistung sinnvoll differenzierten und durchlässigen Schulsystem verschwinden Realschulen und Werkrealschulen, mit ihnen verschwinden der Mittelstand und der Wohlstand sowie die qualitativ hochstehende berufliche Bildung, die Baden-Württemberg einstmals zum so erfolgreichen und vielfältigen Bildungsland und Wirtschaftsstandort gemacht haben. Das wird allen Bürgern Baden-Württembergs, ob jung oder alt, schwer auf die Füße fallen. Seit Jahren werden stabile Strukturen, welche die Qualität sichern, nachhaltig zerstört. Lehrkräfte aber brauchen ein realistisches und sinnvolles Schulsystem, um ungestört von ideologischen Hirnspinnweben ihre tägliche Profession des Unterrichts und Erziehens unserer Kinder ausüben zu können. Im vergangenen Schuljahr haben 470 Lehrkräfte ihren Beruf gekündigt. Die Krankheitsquoten, und damit der Unterrichtsausfall für die Kinder, sind beängstigend. Diese Lehrkräfte können nicht durch Quereinsteiger ersetzt werden. Und den potenziellen Anwärtern vergeht immer mehr die Lust an einem zunehmend indifferenten Berufsbild.

WARUM HAT DER RLV DIESEN VOLKSANTRAG GESTARTET?

Die Initiatoren des Volksantrags finden: Jetzt ist Schluss! Das ideologisch motivierte Herumexperimentieren an mittlerweile Generationen von Kindern in Baden-Württemberg muss endlich einmal ein Ende finden! Deswegen startete der Realschullehrerverband gemeinsam mit Michael Mittelstaedt, Vorsitzender des 19. LEB und Vorsitzender des Landesbildungsrats e.V. und vielen weiteren Unterstützern den Volksantrag: „Nicht ohne unsere Real-



schulen! Verbindliche Grundschulempfehlung für alle, weil ein wirtschaftlich starkes Baden-Württemberg leistungsstarke Schülerinnen und Schüler der Realschulen braucht!“ Wir fordern die Baden-Württem-

berger auf, „ihren Senf“ dazuzugeben! Mit rund 40.000 Stimmen muss der Gesetzesentwurf im Landtag behandelt werden. Wir sind sicher, dass sich so viele Menschen an unserer Aktion beteiligen werden.

Schließlich steht JETZT die Bildung in Baden-Württemberg auf dem Spiel!

Dr. Karin Broszat, Michael Mittelstaedt, Anton Blank und Ralf Merkle

→ NORDRHEIN-WESTFALEN

Sei ein Mensch!

Diese ebenso schlichte wie eindringliche Mahnung zu mehr Menschlichkeit und Toleranz scheint unsere Gesellschaft nötiger zu haben denn je. Und da Schule ein Spiegelbild der Gesellschaft ist, darf es nicht wundernehmen, dass Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung nicht nur Teil der gesellschaftlichen Realität sind, sondern auch der schulischen. Am 26. und 27. November nimmt sich der 56. Mülheimer Kongress dieser Thematik an.

Im April dieses Jahres erfuhren gleich zwei beschämende Ereignisse enorme mediale Aufmerksamkeit. So berichtete die Neue Westfälische zu Monatsbeginn, dass der neunte Jahrgang des Helmholtz-Gymnasiums im Sommer 2024 zur Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen in die Lüneburger Heide reiste. Dort kam es zu einem bestürzenden Vorfall: Einzelne Schüler sangen die umgedichtete Version des 90er-Jahre-Hits „L'amour toujours“ von Gigi d'Agostino, die nach dem Vorfall auf Syt als neue Nazi-Hymne gilt. Der Text unter anderem: „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus.“

Knapp eine Woche später berichtete unter anderem der WDR, am St. Angela Gymnasium in Bad Münstereifel sei es während der Abi-Mottowoche zu einem irritierenden Vorfall gekommen: Schüler sollen ebenfalls rassistische Lieder gesungen haben. Laut Schulträger, dem Erzbischof Köln, habe die Schulleitung den Vorfall mit Bestürzung zur Kenntnis genommen und aufs Schärfste kritisiert. Statt fröhlichen Abi-Feierlichkeiten arbeite die Schule nun daran, das Verhalten der Verantwortlichen zu ahnden. Laut Erzbischof solle der Vorfall „schulintern umfassend pädagogisch aufgearbeitet werden“.

OBACHT STATT GENERALVERDACHT

Auch wenn diese Ereignisse erschrecken, so bleiben sie doch Einzelfälle. Daraus einen Generalverdacht gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen abzuleiten, wäre absurd. Obacht ist aber trotzdem geboten. Wenn 20,8 Prozent der Deutschen bei der Bundestagswahl der AfD ihre Stimme geben (und damit einer Partei, die vom Verfassungsschutz mittlerweile in ihrer Gänze als gesichert rechtsextrem eingestuft wird), haben wir ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich über alle Altersschichten erstreckt. Dafür spricht auch, dass der Zuspruch zur AfD bei den

Wahlen bei den 18- bis 24-Jährigen mit 21 Prozent nahezu exakt im Durchschnitt des Gesamtwahlergebnisses lag. Besorgniserregend ist darüber hinaus, dass die Bindung zu den etablierten Parteien der demokratischen Mitte bei den Jungwählern drastisch abgenommen hat (CDU/CSU 13 %, SPD 11 %, Grüne 10 %, FDP 5 %), während Linke (26 %) und BSW (6 %) extrem erfolgreich waren.

EINE BOTSCHAFT SENDEN

Vom Mülheimer Kongress geht auch immer eine Botschaft aus. In diesem Jahr lautet sie: Wir müssen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in der Schule tatkräftig und entschlossen begegnen! Es freut mich deshalb sehr, dass uns zahlreiche hochkarätige Expertinnen und Experten für den 26. und 27. November ihre Zusage gegeben haben:

- Jörg Rensmann von RIAS NRW, der offiziellen Meldestelle für antisemitische Vorfälle, wird in seinem Vortrag „Das Lagebild Antisemitismus in NRW – Einstellungen, Ausdrucksformen, Herausforderungen“ die deutliche Zunahme vor allem von israelbezogenem Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 (dem Terrorangriff der Hamas auf Israel) aufzeigen.
- Katja Kuklinski, Mitarbeiterin bei der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit/Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA), wird die Sicht der Betroffenen mit eindrücklichen Beispielen aus ihrer Beratungstätigkeit deutlich machen.
- Dr. Rüdiger Fleiter, Historiker und Redakteur beim Ernst Klett Verlag, nimmt



So wie hier beim Mülheimer Kongress 2024 wird auch bei der 56. Auflage der Traditionsveranstaltung am 26. und 27. November 2025 ein „volles Haus“ erwartet. Anmeldungen sind noch möglich.

die „Darstellung jüdischen Lebens im Schulbuch“ in den Blick. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, hatte ebendiese Darstellung vor einigen Jahren scharf kritisiert. Daraufhin beauftragte das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, die Darstellung von Jüdinnen und Juden, jüdischer Geschichte, Kultur und Religion in Lernmitteln zu untersuchen. 2024 folgte schließlich eine gemeinsame Erklärung und gemeinsame Empfehlungen des Zentralrats der Juden in Deutschland, des Verbandes Bildungsmedien und der Kultusministerkonferenz unter der Überschrift „Darstellung des Judentums in Bildungsmedien“.

- Florian Beer (SABRA) und Dr. Marc Grimm von der Bergischen Universität Wuppertal haben in ihrem Buch „Eine sichere Schule für Jüdinnen und Juden“ einen Leitfaden für die antisemitismuskritische Schulentwicklung in 35 Fragen und Antworten entwickelt. Sie werden aus diesem praxisorientierten Leitfaden vortragen, der konkrete Handlungsempfehlungen bietet, um Schulen zu Orten der Sicherheit und Wertschätzung für Jüdinnen und Juden zu machen.
- Andrea Stern (Regionalkoordinatorin Mülheim an der Ruhr) und Christian Hüttemeister (Landeskoordinator für den Regierungsbezirk Düsseldorf) wer-

den das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ vorstellen und gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften der Mülheimer Willy-Brandt-Schule Best-Practice-Beispiele geben.

- Ina Holev, Medienkulturwissenschaftlerin, referiert zum Themenfeld „Diskriminierung und Intersektionalität“. Intersektionale Diskriminierung liegt vor,

Mülheimer Kongress 2025: Jetzt anmelden!

Der Mülheimer Kongress greift in diesem Jahr ein bedrückend aktuelles Thema auf: „Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in der Schule begegnen“. Hier die wichtigsten organisatorischen Eckpunkte.

Teilnahmegebühr:

- für *lehrer nrw*-Mitglieder: 199,- € (149,- € ohne Übernachtung)
- für sonstige Teilnehmer: 259,- € (209,- € ohne Übernachtung)

Anmeldeschluss mit Übernachtungswunsch: 21. September 2025

Anmeldeschluss ohne Übernachtung: 21. Oktober 2025

Tagungsort: Die Wolfsburg, Falkenweg 6, 45478 Mülheim a. d. Ruhr

wenn eine Person oder Personengruppe aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert wird und diese derart ineinander greifen, dass sie eine eigene, neue Form von Diskriminierung ergeben.

Wir haben also ein qualitativ hochwertiges Programm auf die Beine gestellt, und deshalb würden wir uns natürlich sehr freuen, Sie auf unserem 56. Mülheimer Kongress begrüßen zu dürfen.

Sven Christoffer

„Hier wird ein Pfad bereitet“

Das 17. Schulrechtsänderungsgesetz (17. SchRÄG) ist beschlossen. Und es dürfte Konsequenzen für die Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen haben, die heute noch gar nicht absehbar sind.

Das Kernproblem am Schulgesetz ist aus Sicht von *lehrer nrw* der Paragraph 15. Er ermöglicht es Schulträgern, an Realschulen künftig dauerhaft einen Hauptschulzweig einzurichten, und zwar „insbesondere wenn eine öffentliche Hauptschule in der Gemeinde oder im Gebiet des Schulträgers (...) nicht vorhanden ist“, wie es im Gesetzestext heißt. Dabei werden Realschülerinnen und -schüler ab Klasse 7 im Klassenverband mit Hauptschülerinnen und -schülern unterrichtet, so dass de facto eine integrierte Schulform entstünde.

LÄNGST ÜBERWUNDENE SCHULSTRUKTURDEBATTEN NEU BEFEUERT

„Die Realschule mit Hauptschulzweig dürfte für die Schulträger vor allem aus Kostengründen interessant sein – pädagogisch widerspricht sie jeglicher Logik und Vernunft“, betonte Sven Christoffer, Vorsitzender von *lehrer nrw*, in einer Expertenanhörung im Düsseldorfer Landtag am 25. März sowie in mehreren Presse-Interviews. „Die schwarz-grüne Landesregierung setzt hier ohne Not einen Mechanismus in Gang, der das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen drastisch verändern und längst überwundene Schulstrukturdebatten neu befeuern kann“, mahnte Christoffer.

Schulministerin Dorothee Feller versuchte in der Landtagsdebatte am 21. Mai, diese Befürchtungen zu zerstreuen: „Die Einrichtung eines Hauptschulbildungsgangs an einer Realschule kommt nur dann ausnahmsweise in Betracht, wenn keine ausreichende Schülerzahl vorhan-

den ist, um eine neue Hauptschule zu gründen, das nächste Hauptschulangebot geografisch weit entfernt ist und nur mit langen Fahrzeiten für die Schülerinnen und Schüler erreicht werden kann und wenn die zuständige Aufsichtsbehörde die Einrichtung eines Hauptschulzweiges genehmigt.“ Ob die CDU diese restriktive Haltung mit ihrem bekanntermaßen vom längeren gemeinsamen Lernen begeisterten Koalitionspartner im Rücken durchhalten kann, bleibt abzuwarten. Und ob nach der nächsten Wahl eine womöglich andere Landesregierung diese Linie beibehalten wird, ist erst recht fraglich.

VORPROGRAMMIERTE ÜBERFORDERUNG

Aus Sicht von *lehrer nrw* ist weder pädagogisch sinnvoll noch von den Lehrkräften leistbar, Schülerinnen und Schüler in den Bildungsgängen Hauptschule und Realschule im Klassenverband nach zwei unterschiedlichen Kernlehrplänen zu unterrichten, unterstrich der Verbandsvorsit-

Der lehrer nrw Vorsitzende Sven Christoffer warnte in einer Expertenanhörung im Düsseldorfer Landtag am 25. März eindringlich vor den Folgen der Schulgesetzänderung.



zende. „Die Realschule ist eine fundamentale Säule in der nordrhein-westfälischen Schularchitektur. Damit das so bleibt, wäre es im Sinne der Bildungsqualität eine Mindestanforderung, dass Realschulen mit Hauptschulbildungsgang zwingend die Möglichkeit bekommen müssen, eigene Hauptschulklassen zu bilden.“

„SCHLICHTWEG UNFAIR“: GROSSES MEDIENECHO

Das Thema schlug in den Medien ebenfalls hohe Wellen, auch überregional. So wurde Sven Christoffer unter anderem im Deutschlandfunk sowie im Online-Angebot der Zeit, der Süddeutschen Zeitung oder von n-tv zitiert. Ein gefragter Gesprächspartner war er auch für die Medien in NRW, von der Rheinischen Post über die Neue Westfälische bis hin zum WDR. Viele Kommentare bewerteten das Gesetz und seine möglichen Folgen ebenfalls kritisch. So hält es die Neue Westfälische für „schlichtweg unfair“, dass die Realschulen mit Hauptschul-Bildungsgang, anders als andere integrierte Schulformen, kaum mehr Ressourcen erhalten: „Mit einer auf diese Weise fast zum Nulltarif zusammengeschnittenen neuen Schulform kann niemand Schülern, egal welcher Leistungsstärke, gerecht werden.“

Und die Rheinische Post kommentierte: „Natürlich gibt es keinen Automatismus und keinen Zwang für Kommunen, Hauptschulen aufzugeben – aber hier wird ein Pfad bereitet. Das neue Schulgesetz soll die Möglichkeit, dass Realschulen Hauptschüler betreuen, dauerhaft zementieren. Und dies nicht erst ab Klasse sieben, sondern direkt von der fünften Klasse an. In der Praxis untergräbt dies Hauptschulstandorte und belastet die ohnehin überlasteten Realschulen.“

Jochen Smets

VDR trauert um Ehrenmitglied Jürgen Seidel: „Integer, gradlinig, zuverlässig ...“

Seinen Heimgang im gesegneten Alter von 96 Jahren nahmen die vielen, die ihn persönlich kennen und schätzen gelernt hatten, mit großer innerer Bewegtheit wahr. Jürgen Seidel war ein Mensch mit vielseitigen Interessen: Ein Pädagoge, der gern unterrichtete, aber auch jahrzehntelang erfolgreich eine Schule leitete. Funktionsträger in einem Verband mit landes- und bundesweiter Präsenz im Interesse einer erfolgreichen Schulform ‚Realschule‘. Und schließlich ein Kommunalpolitiker, der in seiner Heimat bestens vernetzt war. Noch bis ins vergangene Jahrzehnt hinein nahm er Gelegenheiten wahr, Fachtagungs- und Fortbildungsangebote seines Landesverbands – ‚lehrer.nrw‘ – zu besuchen und sich an Foren und Podiumsdiskussionen zu beteiligen.



Lösungsorientiertheit, seiner ruhigen aber bestimmten Art, die Mitglieder anzusprechen und Lösungswege aufzuzeigen, dürfen aus dem zeitlichen Abstand heraus als vorbildlich angesehen werden und stießen auf große Zustimmung.

Es kam hinzu, dass dem damaligen Bundesvorsitzenden, Dr. Walter Trapp, als intimem Kenner seiner oberbayerischen Heimat, einfiel, den Geschäftsführenden Vorstand in einen der ältesten Gasthöfe des Landes, in die „Linde“ auf der Fraueninsel im Chiemsee einzuladen. Die angenehme Umgebung, die hochkarätige Bewirtung und eine dennoch dichte Arbeitsatmosphäre trugen das ihre dazu bei, dass ein kaum erwartetes hohes Arbeitspensum geschafft wurde und aus der bereits vorhandenen Kollegialität

Freundschaften erwachsen.

Über viele Jahre hinweg blieb dem Geschäftsführenden Vorstand Seidels positiver Einfluss erhalten. Noch leben genügend Teilnehmer, um vom „Fraueninsel-Erlebnis“ zu schwärmen!

DELEGIERTE DANKEN SEIDEL MIT STEHENDER OVATION

Über Seidels Ausstieg aus dem Amt berichtete die Verbandszeitschrift des VDR ‚Realschule in Deutschland‘ 2006 wie folgt: „Eine stehende Ovation, die selbst einem „gestandenen“ Finanzchef einen feuchten Schimmer in die Augen trieb, erlebte Bundesschatzmeister Jürgen Seidel, der, altersbedingt, die über viele Jahre erfolgreiche Kassenführung in die Hände eines Nachfolgers gegeben sehen wollte. In seiner Laudatio beschrieb der damalige VDR-Bundesvorsitzende Albert Obert Seidels beruflichen und verbandlichen Werdegang. Aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen kommend, mit dem ihn auch nach seiner Wahl in den Bundesvorstand weiter ein enges und gutes Verhältnis verband, habe er das Finanzgefüge des Bundes in Ordnung gehalten und die Arbeitsfähigkeit des Vorstandes finanziell abgesichert. Gradlinig und offen trat er auch als Mahner gegen überzogene Forderungen auf und brachte das Kunststück fertig, in seiner langen Amtszeit nicht ein einziges Mal eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beantragt zu haben. Jürgen Seidel, so Obert, übergebe geordnete Verhältnisse und habe sich um den Verband in vorbildlicher Weise verdient gemacht.“

Im Weiteren hebt der Bericht in der VDR-Verbandszeitschrift auf zwei Abschiedsgeschenke für Seidel ab: „Dem Geehrten wurden zwei begehrte Auszeichnungen gleichzeitig zuteil. Einstimmig folgte das Plenum dem Vorschlag, Jürgen Seidel zum Ehrenmitglied zu ernennen. Die zweite Auszeichnung zählt womöglich noch mehr: Dr. Walter Trapp, VDR-Bundesvorsitzender zwischen 1989 und 1998 und eine der herausragenden Persönlichkeiten des Verbandes, übergab Seidel eine

Jürgen Seidel war über viele Jahre Schatzmeister auf Landes- und auf Bundesebene und hat dabei in mehreren gesellschaftlich relevanten Bereichen gleichzeitig Karriere gemacht. Nach seiner eigenen Schulzeit entschied er sich für den Lehrerberuf und schloss sich als dreißigjähriger Kollege dem Realschullehrerverband Nordrhein-Westfalen an. Wenige Jahre später wurde er Schulleiter und füllte dieses Amt rund drei Jahrzehnte bis zu seiner Pensionierung aus. In seiner Heimatgemeinde Windeck-Herchen ging es für Seidel auch kommunalpolitisch aufwärts. 1992 wurde er Stellvertretender Bürgermeister, kurz darauf Abgeordneter des Kreistages Rhein-Sieg. Zeitgleich vollzog sich auch ein verbandspolitischer Aufstieg. 1969 wurde Seidel Schatzmeister im VDR-Landesverband NRW, dem heutigen nordrhein-westfälischen ‚lehrer.nrw‘ und leitete zwischendurch schon einmal als Tagungspräsident eine Delegiertensitzung des Bundesverbandes. Höhepunkt seiner verbandspolitischen Laufbahn war die Wahl zum Bundesschatzmeister 1992, eine Aufgabe, die er bis zu seinem Rückzug aus Altersgründen auf dem Bundesrealschultag 2006 in Saarbrücken wahrnahm.

DAS AMT PRÄGT DEN CHARAKTER

Die Amtszeiten der beiden Bundesvorstandsperioden von 1992/95 und 1995/98 waren von einer besonderen Aufgabenfülle bestimmt. In einigen Bundesländern war der Weiterbestand der Realschule bedroht. Um ihre Existenzberechtigung und ihre Attraktivität musste gerungen werden. Die Ausweitung des VDR in die neuen Bundesländer band Arbeitskraft und erforderte das Aufbringen zusätzlicher Mittel. Und schließlich kämpften Behörden, Hochschulen und Bürgertum um eine Rechtschreibreform, deren Einzelheiten in den beteiligten Gruppen alles andere als deckungsgleich waren.

In dieser Situation zeigte sich, wie wertvoll das Vorhandensein von Führungspersonal mit den Charakterzügen eines Schatzmeisters Jürgen Seidel sein konnte. Dessen Aufgaben- und

Ehrenurkunde des bayerischen Landesverbandes, die ihn, Seidel, jederzeit zum Betreten bayerischen Territoriums und zu unbegrenzter Asylnahme berechtigte. Der mit viel Humor und Ironie formulierte Urkundentext ist zwar nicht ausschließlich ernst gemeint, aber er brachte das hohe Ansehen zum Ausdruck, das Jürgen Seidels Wirken auch im mitgliederstärksten Landesverband erfahren hat.“

BLEIBENDER DANK

Mit Wärme und Anhänglichkeit denken Bundesverband und Vorstand an ihr ehemaliges Mitglied Jürgen Seidel zurück. Sein

charakterliches Vorbild, mit Schwierigkeiten angemessen umzugehen, seine fordernde Art, auf der Einhaltung von Zusagen zu bestehen, sein Fleiß und seine Genauigkeit werden uns immer in Erinnerung bleiben und als Richtschnur dienen.

Unser Trost und unser Mitgefühl gelten seinen Angehörigen.

Carlo Kaden

→ SAARLAND

Amoklauf in Graz: VRB Saarland fordert entschlossenes Handeln gegen zunehmende Gewalt an Schulen



Foto: AdobeStock

Der Verband Reale Bildung Saarland (VRB Saarland) ist tief betroffen angesichts des Amoklaufs an einer Schule im österreichischen Graz, bei dem zehn Menschen ihr Leben verloren. Auch wenn das schreckliche Ereignis außerhalb Deutschlands stattfand, zeigt es einmal mehr, wie real die Bedrohungslage auch hierzulande ist. Gewalt an Schulen ist längst kein Einzelfall mehr – nahezu täglich berichten die Medien über Vorfälle an deutschen Bildungseinrichtungen. Zahlreiche Studien bestätigen eine wachsende Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen. Schulen sind ein Spiegel unserer Gesellschaft – und genau dort zeigt sich die Eskalation besonders deutlich.

SCHULE ALS UNGESCHÜTZTER RAUM

Lehrkräfte berichten zunehmend von einem Gefühl der Hilflosigkeit: Viele Schulen verfügen nicht über bauliche Schutzmaßnahmen. Stattdessen dominieren offene Strukturen mit Glasfassaden, die Einblicke ins Innere ermöglichen, während grundlegende Schutzvorkehrungen fehlen. Lehrerinnen und Lehrer haben kaum Möglichkeiten, sich selbst oder ihre Schüler im Ernstfall zu schützen. Die Veränderungen innerhalb der Gesellschaft veranlassen Or-

ganisatoren von Veranstaltungen, bei denen viele Menschen zusammenkommen, zu besonderen Schutzmaßnahmen. Nun ist auch unter diesem Aspekt ein besonderes Augenmerk auf die Schulen zu richten.

ENGAGEMENT DER LEHRKRÄFTE REICHT NICHT AUS

Engagiert leisten Lehrkräfte tagtäglich wertvolle Präventionsarbeit. Sie behandeln Gewaltprävention im Unterricht, organisieren Projekte, Wandertage und Veranstaltungen zur Förderung des sozialen Miteinanders und setzen sich für interkulturellen Dialog ein und haben das verstärkt auftretende Phänomen des Cybermobbings im Fokus. Auch Schulsozialarbeit ist vielerorts eingeführt worden – allerdings in einem viel zu geringen Umfang. Diese Maßnahmen sind richtig und wichtig, aber sie stoßen zunehmend an ihre Grenzen. Multiprofessionelle Teams dürfen nicht länger nur ein Schlagwort bleiben. Es braucht endlich eine flächendeckende Umsetzung, konkrete Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei, welche Lehrkräfte auch präventiv schulen und stärken muss.

POLITIK MUSS ENDLICH HANDELN

Der VRB Saarland macht seit Jahren auf diese gefährliche Entwicklung aufmerksam. Der gestrige Amoklauf ist ein weiterer, dramatischer Weckruf. Wir fordern die Verantwortlichen in der Bildungspolitik dringend zum Handeln auf:

- Schulen müssen zu geschützten Räumen werden.
- Sicherheitskonzepte, bauliche Schutz-

maßnahmen und psychosoziale Unterstützung müssen flächendeckend ausgebaut werden.

- Therapeutenstellen und Therapieplätze müssen in einem erheblichen Maße geschaffen werden.
- Zugangsberechtigungen zu sozialen Medien müssen adäquat altersbeschränkt werden.
- Erziehung durch Eltern muss verstärkt gefordert und unterstützt werden.
- Die Schulsozialarbeit braucht deutlich mehr personelle und finanzielle Ressourcen.
- Schulungen, die Prävention ermöglichen und somit ein internes Frühinterventionsmanagement ermöglichen, sollten im Rahmen von pädagogischen Tagen obligatorisch werden.

„Die Politik darf nicht länger zusehen, wie sich Gewalt in Bildungseinrichtungen ausbreitet“, so der VRB Saarland. „Der Lern- und Arbeitsort Schule muss ein sicherer Raum sein – für Schülerinnen und Schüler ebenso wie für Lehrkräfte. Dafür braucht es konkrete Maßnahmen, tragfähige Konzepte und endlich den politischen Willen, diesen Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten.“

Karen Claassen,
Landesvorsitzende VRB Saarland

Leserbrief an die Redaktion:

Corona – die Verantwortung der Lehrkräfte



Foto: AdobeStock

Kinder mit Masken. Kinder, die in der Schule Corona-Schnelltests an sich selbst durchführen. Kinder, die 1,50 Meter Abstand voneinander halten. Zwischen 2020 und 2023 sorgten die Lehrkräfte an den Schulen für die Durchsetzung der Corona-Maßnahmen. Welche Verantwortung tragen sie für deren Folgen?

ERZIEHUNGS- UND BILDUNGS-AUFTRAG

Die Schule hat den Auftrag, die ihr anvertrauten Kinder zu bilden und zu erziehen. Der Erziehungs- und Bildungsauftrag leitet sich aus den Landesverfassungen ab. In der Landesverfassung des Landes Baden-Württemberg heißt es:

Artikel 11

(1) Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

(2) Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.

[...]

Artikel 12

(1) Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur

Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen.

Artikel 13

Kinder und Jugendliche sind gegen Ausbeutung, Vernachlässigung und gegen sittliche, geistige, körperliche und seelische Gefährdung zu schützen. [...]

CORONA-VERORDNUNGEN SCHULE

Die erste Corona-Verordnung Schule wurde am 16. März 2020 erlassen, die letzte wurde zum 1. März 2023 aufgehoben. In diesen drei Jahren änderten sich die Vorgaben regelmäßig – teilweise im Abstand von nur wenigen Wochen. Beispielsweise enthielt die Fassung vom 13. September 2021 folgende Regelungen:

- In der Schule müssen alle eine medizinische Maske tragen.
- Schüler müssen zwei Mal die Woche einen Schnelltest machen (die Durchführung ist von Lehrkräften zu überwachen).
- Es besteht ein Zutritts- und Teilnahmeverbot für Schüler, die keine medizinische Maske tragen oder weder einen Testnachweis noch einen Impf- oder Genesenen-Nachweis vorlegen.

KINDESWOHL VS. ANSTECKUNGSSCHUTZ

Recht auf Bildung, Nächstenliebe, Brüderlichkeit, Schutz vor körperlicher und seelischer Gefährdung. Wie lassen sich diese Prinzipien mit den Corona-Verordnungen in Einklang bringen? Ärzte, Wissenschaftler und Psychiater warnten früh vor möglichen Folgen: Angststörungen, Essstörungen, Depressionen, Suizidgedanken, Entwicklungsverzögerungen. Ihre Stimmen waren medial kaum präsent, aber mit etwas Mühe konnte man sie finden. Wissen ist eine Hohlschuld.

MASKENPFLICHT

Das dauerhafte Tragen von Masken – oft über viele Stunden täglich – kann für Kinder belastend sein: Kinder lesen Emotionen und Reaktionen stark über Mimik. Eine Maske kann dies erschweren und zu Missverständnissen oder sozialem Rückzug führen. Sprachentwicklungsstörungen können begünstigt werden. Es erschwert das Atmen und kann Hautirritationen verursachen. Viele Kinder berichteten über Kopfschmerzen bei längerem Maskentragen, was bspw. auf CO₂-Rückatmung und Sauerstoffmangel zurückzuführen ist. Auch die psychische Gesundheit vieler Kinder war beeinträchtigt. Es gibt Studien, die sowohl Nutzen als auch Schaden durch Masken bei Kindern belegen. Eine klare evidenzbasierte Grundlage für eine Maskenpflicht bei Kindern gab und gibt es jedoch nicht.

TESTPFLICHT

Die Durchführung der Schnelltests wurde von Lehrkräften angeleitet und überwacht. In der Packungsbeilage der Schnelltests wurde auf Wirkungen bei nicht sachgemäßer Handhabung hingewiesen. Lehrkräfte sind nicht medizinisch ausgebildet, so dass sie in Notfällen nicht helfen konnten und durften. Diese Problematik verschärfte sich durch die „Sammeltestung“ mit 10-20 Kindern gleichzeitig, durch die eine Kontrolle der sachgemäßen Anwendung durch alle Kinder nicht gewährleistet werden konnte. Ebenso erforderte die Durchführung des Tests laut Packungsbeilage des Herstellers eine Schutzausrüstung. Eine solche Schutzausrüstung stand weder Lehrkräften noch Schülern zur Verfügung. Der Beipackzettel listete mehrere Gefahrenpotenziale auf. Viele Kinder klagten bspw. bei den „Nasentests“ über leichtes Nasebluten während des Testvorgangs, was durch die Verletzung der Nasenschleimhaut hervorgerufen wurde. Kinder mit einem positiven Testergebnis wurden stigmatisiert und waren einer großen psychischen Belastung ausgesetzt.

ZUTRITTS- UND TEILNAHMEVERBOT

Zahlreiche Studien und offizielle Berichte aus Deutschland und anderen Ländern belegen, dass Kinder während der COVID-19-Pandemie keine Haupttreiber des Infektionsgeschehens waren. In den RKI-Protokollen vom 09.12.2020 heißt es: „Schulen sind nicht das Mittel, um die Pandemie einzudämmen, das zeigen auch andere Länder.“

SPIELRÄUME

Die Ausübung des Lehrerberufs war in den Jahren 2020 bis 2023 enorm herausfordernd: Online-Unterricht geben, technische Probleme lösen und digitale Plattformen nutzen, die zuvor kaum eine Rolle spielten, „Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit“ und vieles mehr. Als Beamte waren Lehrkräfte zur Umsetzung der Maßnahmen verpflichtet. Ihr Handlungsspielraum war eingeschränkt. Eine der wenigen Optionen stellt eine „Remonstration“ dar. Sie ist für einen Beamten verpflichtend, wenn er Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer dienstlichen Anordnung hat. Im Hinblick auf den in der Landesverfassung verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrag durchaus eine Option. Wie viele Lehrkräfte diesen Weg gegangen sind, ist nicht bekannt.

FOLGEN

Die Corona-Maßnahmen an Schulen hatten weitreichende und teils tiefgreifende Folgen für Kinder – sowohl kurzfristig während der Pandemie als auch langfristig bis heute: Lernrückstände, Sprachentwicklungsstörungen, Zunahme psychischer Probleme, soziale Rückentwicklung, Einschränkungen der körperlichen Gesundheit, Zunahme ungesunder Gewohnheiten und Vertiefung sozialer Ungleichheit. Nun könnte man einwenden, dass die Maßnahmen dem Schutz der Bevölkerung dienen. Zahlreiche Studien belegen jedoch, dass die Maßnahmen an den Schulen keinen messbaren Beitrag zur Eindämmung der Pandemie brachten. Das wurde durch die RKI-Files bestätigt:

- Kinder sind keine wichtigen Glieder der Transmissionsketten
- Schulschließungen sind kein Mittel zur Pandemiebekämpfung
- Das Tragen von Masken torpediert den Kern jedes Unterrichts
- Maskenpflicht für Grundschüler kann Langzeitfolgen haben

AUFARBEITUNG

Die Lehrkräfte haben in der „Corona-Zeit“ versucht, ihren Job so gut wie möglich zu machen. Sie handelten in der Pflicht, Verordnungen umzusetzen. Doch gleichzeitig wurden grundlegende Rechte und Bedürfnisse von Kindern verletzt. Das ist ihnen nicht als „Schuld“ anzulasten, wohl aber müssen sie sich fragen: Was hat mich dazu bewogen, die Maßnahmen nicht zu hinterfragen? Was habe ich gemacht, um

mich ausgewogen zu informieren? Wie passte mein Handeln zum Erziehungs- und Bildungsauftrag? Was habe ich getan, um die mir anvertrauten Kinder bestmöglich zu schützen? Welche Fehler habe ich gemacht? Habe ich meine Bedenken geäußert? Hatte ich Angst vor dienstrechtlichen Konsequenzen oder Ausgrenzung? Aufarbeitung beginnt bei jeder einzelnen Lehrkraft und in jeder Schule.

Stephanie Harkcom, Mitglied im Realschullehrerverband Baden-Württemberg

Quellen (Auswahl)

„Copsy-Studie“, erstmals Mai 2020: https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemittellungen/detailseite_160448.html, 13.04.2025

Corona-Kita-Studie, 16.10.2020: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/corona-kita-studie-erste-ergebnisse-liegen-vor-161268?utm_source=chatgpt.com, 13.04.2025

Schulstudie TU Dresden, 24.11.2020: <https://tu-dresden.de/tu-dresden/newsportal/news/schulen-sind-keine-silent-hotspots>, 13.04.2025

„Weißer Ring“, 25.01.2021: <https://presse.weisser-ring.de/haeusliche-gewalt-in-der-corona-krise-die-im-dunkeln-sieht-man-nicht/>, 13.04.2025

Protokolle des RKI-Krisenstabs, 23.07.2023: <https://www.velazquez.press/p/rki-leak-alle-protokolle-des-rki>, 13.04.2025

DAK-Gesundheit, 27.05.2022: https://www.dak.de/presse/bundesthemen/kinder-jugendgesundheit/pandemie-depressionen-und-essstoerungen-bei-jugendlichen-steigen-weiter-an_48700, 13.04.2025

Kinder- und Jugendärzte im Netz, 13.02.2025: https://www.kinderaerzte-im-netz.de/news-archiv/meldung/pandemiefolgen-corona-massnahmen-haben-tiefe-spuren-bei-kindern-jugendlichen-und-eltern-hinterlassen/?utm_source=chatgpt.com, 13.04.2025

Protokolle des RKI-internen Krisenstabs – Fragen und Antworten, 05.03.2025: https://www.rki.de/SharedDocs/FAQs/DE/COVID-19-Pandemie/Protokolle/FAQ-Liste-Krisenstab.html#entry_16926162, 13.04.2025

Cicero, 16.03.2025: <https://www.cicero.de/kultur/fuenf-jahre-schulschliessungen-corona-aufarbeitung>
Pädagogen für Menschenrechte e.V.: <https://pfm-ev.de/>, 13.04.2025

Netzwerk pädagogische Aufarbeitung der Corona-Zeit: <https://padlet.com/netzwerk-aufarbeitung/netzwerk-p-dagogische-aufarbeitung-der-corona-zeit-kow5p1819im4so0l>, 13.04.2025

Die hier veröffentlichte Meinung stellt die Ansicht des Verfassers dar und spiegelt nicht zwingend die Meinung der Redaktion wider.

Ausschreibung für den Deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung 2025: „Zusammenhalt stärken – Demokratie fördern!“

Seit Mai 2025 können Bildungseinrichtungen online ihre Bewerbung für den Deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung 2025 einreichen. Gesucht werden Bildungseinrichtungen, die soziale Kompetenzen ihrer Lernenden stärken und die Demokratiebildung fördern. Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen können sich bis zum 20. August 2025 bewerben und 10.000 Euro gewinnen.

Eine Jury von Bildungsexpertinnen und -experten aus Unternehmen, Wissenschaft und Gesellschaft unter Vorsitz von Martin Seiler, Personalvorstand Deutsche Bahn AG und Vorsitzender BDA-Bildungsausschuss, wählt die Preisträger aus. Die Preisverleihung findet am 25. November 2025 beim Deutschen Arbeitgebertag in Berlin statt.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vergibt den renommierten Bildungspreis seit über einem Vierteljahrhundert gemeinsam mit Unternehmen. Partner 2025 ist die Deutsche Bahn AG.

Arbeitgeberpräsident Dr. Rainer Dülger erklärt zum Ausschreibungsstart: „Unsere Welt verändert sich rasant. Es ist entscheidend, jungen Menschen früh einen verlässlichen Wertekompass mitzugeben. Bildungseinrichtungen sollten Grundlagen unserer freiheitlichen und demokratischen Ordnung vermitteln. Wir sollten Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe wecken. Gute Bildung ist der Schlüssel für ein aktives Mitwirken in Demokratie und Gesellschaft. Das ist uns Arbeitgebern ein zentrales Anliegen. Deshalb schreiben wir den Deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung 2025 bewusst unter diesem Leitgedanken aus.“

Juryvorsitzender Martin Seiler hebt hervor: „Die Arbeitgeber in Deutschland stehen zur Demokratie. Nur in einem demokratischen Umfeld können Unternehmen langfristig planen, investieren und selbstbestimmt wirtschaften. Die Demokratie stärkt den Wohlstand und die Freiheit aller. Aber sie ist bedroht von extremistischen Kräften, national wie international. Unser Bildungssystem muss verstärkt die Demokratiebildung in den Blick nehmen. Demokratiebildung beginnt in der Kita, hat einen Schwerpunkt in der Schule und setzt sich in Ausbildung und Studium fort. Mit dem deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung 2025 wollen wir zeigen, welche guten Konzepte es gibt und sie in die Fläche bringen. Das ist mir auch persönlich sehr wichtig“.

Alle Informationen finden sich unter: www.arbeitgeberpreis-fuer-bildung.de



Ausschreibung SCHULEWIRTSCHAFT-Preis 2025

Auch in diesem Jahr werden wir herausragendes Engagement für junge Menschen sichtbar machen – mit dem SCHULEWIRTSCHAFT-Preis, der am 14. November 2025 in Berlin vergeben wird.

Ihr Unternehmen oder Ihr Projekt setzt sich mit Leidenschaft für die Nachwuchsförderung ein? Sie erleichtern Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf durch kreative Projekte, starke Kooperationen oder praxisnahe Angebote?

Noch bis zum 15. August 2025 können fleißig Bewerbungen eingereicht werden, und zwar in folgenden Kategorien:

- SCHULEWIRTSCHAFT-Unternehmen
- SCHULEWIRTSCHAFT-Starter
- Kooperation Schule – Unternehmen
- Starter-Kooperation Schule – Unternehmen



Alle Infos zum Bewerbungsverfahren des SCHULEWIRTSCHAFT-Preis „Engagement sichtbar machen“ und zu den Bewertungskriterien finden Sie von nun an unter: www.schulewirtschaft.de/preis/ausschreibung-2025

BILDUNG REAL

Heft 5–6/2025
erscheint im Dezember 2025

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um gesund zu werden!

27 JAHRE
SEIT 1998

linik wersbach
Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner

Deutsche Sporthochschule Köln
German Sport University Cologne

Deutsches Rotes Kreuz

HOCHSCHULE FREENSIUS
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Virginia Polytechnic University

Wir sind für Sie da!
Tel.: (0 21 74) 398-0
www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de

linik wersbach empfiehlt Ihnen **GUT LANDSCHEID** www.gut-landscheid.de
Hotel & Restaurant

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer

Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarbereich

Ralf Neugschwender

Dachauer Str. 44 a · 80335 München

Tel.: +49 (89) 55 38 76

Fax: +49 (89) 55 38 19

info@vdr-bund.de

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Chefredakteurin

Waltraud Eder

Dachauer Str. 44 a · 80335 München

Tel.: +49 (1520) 1957242

eder@vdr-bund.de

Redaktionsteam

Bernd Bischoff, Sven Christoffer,

Dirk Meußner, Madeleine Helbig

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung wieder.

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte, auch auszugswesen Nachdrucks der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung



A. V. I. Allgemeine Verlags- und Informationsgesellschaft mbH

Hauptstraße 68a

30916 Isernhagen

Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0

Fax: +49 (05139) 98 56 59-9

info@avi-fachmedien.de

z. z. gültige Preisliste Nr. 13 vom 1.2.2023

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich. Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen

Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,- Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich Versandkosten. Alle Preise enthalten die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,- zuzüglich Versandkosten und gesetzliche MwSt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine Abbestellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

**Redaktions- und Anzeigenschluss
für die Ausgabe Nr. 5-6/2025
ist der 7. November 2025**

VDR-FORUM auf der mobile.schule TAGUNG

Praxisnahe Workshops für Lehrkräfte



Das NLQ - Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung ist Kooperationspartner der Tagung. Lehrkräfte aus Niedersachsen erhalten freien Eintritt. Lehrkräfte außerhalb von Niedersachsen profitieren von den Sondertarifen des VDR und erhalten dadurch exklusive Rabatte und Vorteile für Fortbildungen und berufliche Veranstaltungen.

 1. + 2. September 2025
9 – 17 Uhr

 HCC Hannover
Eilenriederhalle

Jetzt anmelden!

Alle Informationen und Tickets

